

# Posener Zeitung.

Zweinundfünfzigster

Jahrgang.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate  
1 1/4 Sgr. für die fünfgesparte Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

**Annoncen - Annahme - Bureaus** der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Krapski (C. & J. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogat bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Eassiel; in Grätz bei Herrn Louis Streifend und Herrn D. Kemper; in Bromberg E. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasestein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Moos; in Berlin: A. Petemeyer, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Kabath; Jenke, Bial & Freynd; in Frankfurt a. M.: G. L. Hanke & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Die Posener Zeitung eröffnet für die Monate Februar und März ein besonderes Abonnement. Der Abonnementspreis beträgt für Posen in der Expedition und bei den Kommanditen 1 Thlr. 5 Sgr., für auswärts inklusive Postporto 1 Thlr. 15 Sgr. Bestellungen von auswärts auf zweimonatliche Abonnements sind direkt an die Expedition zu richten.

## Expedition der Posener Zeitung.

### Die Pariser Konferenz.

Das "Journal des Débats", ein Blatt, welches gern die Meine eines eingeweihten Diplomaten aufsteckt, bringt verschiedene Einzelheiten über die Konferenz, die zum Theil bereits bekannt, zum andern Theil vielleicht nicht ganz verbürgt sind. Jedoch in Ermangelung besserer Nachrichten geben wir hier die Hauptstellen des Artikels wieder:

Die türkische Zustimmung traf am 19. Januar ein. Die Konferenz beschloß, an die griechische Regierung eine Erklärung zu richten, in welcher sie der Türkei hinsichtlich der beiden ersten Punkte ihres Ultimatums Recht giebt. Wenn wir gut unterrichtet sind, so ergiebt sich im Allgemeinen aus dieser Erklärung, daß ein Staat ohne die Grundlage und Regeln des Völkerrechts zu verlegen, auf seinem Gebiet die Bildung und Organisierung von Freiwilligenbanden, deren Existenz eine Gefahr oder eine Drohung für seine Nachbarn werden könnten, weder gestatten noch dulden darf, — daß er weiter billigen noch erlauben darf, daß Handels- und andere Fahrzeuge mit einer regelmäßigen festgestellten Blockade Rechnung zu tragen, auf um, ohne einer Unterstützung auszuführen, — daß diese Prinzipien des Völkerrechts für alle zivilisierten Völker ohne Ausnahme verbindlich sind und daß man nicht, um sie zu umgehen, besondere Einrichtungen oder Spezialgesetze vorschreiben darf. Griechenland wird also in Zukunft Maßregeln ergriffen müssen, um diesen Prinzipien auf seinem ganzen Gebiete Achtung zu verschaffen. Was nun die beiden andern Punkte betrifft, von denen die eine sich auf die ungehinderte Rückkehr der Emigranten nach Hause bezog und der andere die Bestrafung von Verbrechen, welche gegen türkische Soldaten und Untertanen begangen worden waren und deren Familien Ursprungs auf Geldentzündigung haben können, so hat sich die Konferenz nicht damit beschäftigt, weil die griechische Regierung sich der Rückkehr der kretischen Emigranten nicht mehr widerstellt und weil sie erklärt hat, daß diejenigen, welche sich an türkischen Untertanen vergangen haben, vor die Gerichte zu stellen sind, um nach den Gesetzen bestraft zu werden, was auch die Porte angenommen hat. Die Konferenz hatte sich ferner nicht über den fünften Punkt auszu sprechen, in welchem die Porte verlangt hatte, daß Griechenland von nun an eine den Verträgen und dem Völkerrecht entsprechende Haltung beobachte, weil diese Verpflichtung schon Griechenland anempfohlen war durch die Erwähnung der allgemeinen Prinzipien des Völkerrechts, denen es sich, wie jeder andere Staat, anbequemt muss.

Die "Débats" bestätigen darauf, daß die Deklaration, welche vom 20. Januar datirt ist, nur von den 6 christlichen Mächten unterzeichnet wurde, während der türkische Bevollmächtigte nur das Protokoll vom 16. Januar unterschrieb. Die Deklaration der griechischen Regierung 8 Tage Bedenkzeit, so daß die Antwort der griechischen Regierung vor dem 5. oder 6. Februar in Paris bekannt sein dürfte. Die Konferenz wird sich dann noch einmal versammeln, um Griechenlands Antwort entgegen oder von dessen Begehrung Akt zu nehmen; sie wird sich dann aber in jedem Falle auflösen, weil sie ihre Aufgabe, soweit es in ihrer Macht stand, erfüllt hat.

Die "Indépendance belge" hat sich aus Paris telegraphiren lassen, daß die in der Deklaration gebrauchten Ausdrücke Griechenland gegenüber so peremptorisch seien, daß eine Athener Deputirte die Weigerung der hellenischen Regierung, ihre Zustimmung zu geben, voraussehen ließe. Hierzu bemerkte der "Public": "Diese Angabe ist durchaus falsch, die Formen der Erklärung der Konferenz sind im Gegenteil vom verständlichsten Geiste erfüllt, und der Art, Niemand zu verlegen." Wir glauben im Gegenteil hinzufügen zu können, daß die französische Regierung mit ziemlicher Bestimmtheit auf eine günstige Antwort Griechenlands rechnet, da besonders seit dem Eintritt eines neuen sehr Friedlich gesinnten Finanzministers in das griechische Kabinet die Aussichten der Friedensfreunde in Athen erheblich gestiegen zu sein scheinen.

Nach dieser Blumenlese aus französischen Blättern wollen wir unsere Ansicht nicht verheimlichen, die dahin geht, daß mit der (griechischer- wie russischerseits allerdings noch gelegneten) Beendigung des kretischen Aufstandes der griechisch-türkische Konflikt tatsächlich als gegenstandslos betrachtet werden kann. Den Beschlüssen der Pariser Konferenz ist dadurch erst eine Beweiskraft verliehen worden, welche ihnen sonst unbedingt nicht beigebracht haben würde. An ein angriffswise Neubesetzen der türkisch-hessischen Grenze ist griechischerseits wohl nie im Ernst gedacht worden, und da nach dem schlimmen Ausgang des letzten Kriegsgerichteten Freisaarenzuges neue ähnliche Züge wohl kaum eintreten würden, bleibt in der That nicht nach Krete schwierig stattfinden dürften, bleibt in der That nicht abzusehen, wie und wo beide Theile noch feindlich aufeinander treffen sollten.

Die Erklärung und das nächste Verhalten der griechischen Regierung können bei dieser Sachlage als ziemlich gleichgültig erscheinen, im Uebrigen aber stehen die Dinge

nach der Konferenz noch ziemlich genau so wie vor derselben, oder dieselbe hat eigentlich nur das negative Ergebnis geliefert, daß fernerhin für irgend welche größere neue Verwicklungen auch dieses Pazifikationsmittel bereits als verbraucht betrachtet werden muß. Wenn der unmittelbare Bündnstoff der in diesem Falle obwaltenden Streitfrage nicht zuvor schon erloschen wäre, so würde die Deklaration der Mächte einen feindlichen Zusammenstoß der beiden Gegner höchstens hinausgeschoben, jedoch sicher nicht verhindert haben. Selbst jetzt indeß muß es noch zweifelhaft erscheinen, ob das faktische Resultat der Konferenz über ein derartiges Hinausschieben hinausreichen werde; denn bei dem Gewirr von Intrigen und politischen Schachzügen, wo hinein gerade dieser lezte so völlig unerwartet aufgetretene Konflikt einen ungewöhnlichen Blick gewährt hat, kann es unmöglich lange währen, daß die sich kreuzenden Interessen und Absichten der verschiedenen Kabinette wieder in einer neuen Streitfrage zu Tage treten werden.

### Deutschland.

△ Berlin, 26. Jan. Aus dem heutigen Kammerbericht werden Sie ersehen, daß der Ministerpräsident mit dem Minister des Innern und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses während der heutigen Sitzung eine Unterredung hatte. Man darf annehmen, daß die Besprechung sich auf den bevorstehenden Schluss des Landtages bezogen haben wird. Es liegt nämlich, wie ich schon früher andeutete konnte, in der Absicht, die Landtagssession zu Ende des Monats Februar zu schließen, und nach einer sehr kurzen Pause schon in den ersten Tagen des März den Reichstag zu berufen. — Bekanntlich ist eine Kommission ernannt worden, welche das in England erbaute Panzerschiff "König Wilhelm" herüberbringen soll. Diese Kommission, unter Leitung des Kapitäns zur See, Köhler, hat sich bereits nach England begeben. Zur Transportirung der Mannschaften, welche zu der Ueberführung des "König Wilhelm" nach Kiel erforderlich sind, wird der Dampfer "Adler" und ein zu mithender Privatdampfer benutzt werden.

△ Berlin, 26. Januar. Der neueste englische Flottenbericht erweist sich unbedingt geeignet, die ernstesten Bedenken wachzurufen. Die heutigen Kriegsmarinen erscheinen danach in einem noch weit höheren Maße, als die langsam zehrende Kraftigkeit der stehenden Heere geeignet, die Finanzkraft der Länder zu erschöpfen und gleichsam nur zu Versuchszwecken ungeheure Summen in einen bodenlosen Schlund verschwinden zu lassen. Die englische Panzerflotte besteht gegenwärtig aus 33 fertigen Schiffen, von welchen für die letzten drei, erst im vorigen Jahr der selben hinzugetretenen Fahrzeuge, dem "Herkules", dem "Monarch" und der "Repose" die Kostenrechnungen noch nicht vorliegen, während sich die Erbauungskosten für die 30 schon früher fertig gestellten Fahrzeuge, ohne Geschützausrüstung zu, auf 7 1/2 Millionen £str. angegeben finden. Nur vier von diesen letzten Schiffen werden indeß als den neuesten Anforderungen an ein Panzerschiff notdürftig entsprechend anerkannt, und wird darunter selbst das beste, der "Royal Sovereign" im Vergleich zu den jetzt gültigen Grundsätzen für die Panzerung und Artillerieausrüstung nur als "Ausmusterer" bezeichnet. In den zehn Jahren, daß diese Eisenschiffe mit den ungeheuersten Anstrengungen erbaut worden ist, muß sie demnach zugleich auch in ihrem weit überwiegenden Theil als durch die Fortschritte der Technik und der Geschützwirkung wieder als veraltet und überflügelt betrachtet werden. Bemerkenswerth erscheint dabei noch, daß während der ganzen Zeit des allmählichen Entstehens dieser Flotte noch kein Schiff derselben für den Schutz von Alt-England auch nur eine Schuß abgefeuert hat, und bemerkenswerth erscheint nicht minder, daß auch der neunzöllige Panzer des gegenwärtig stärksten Schiffes der englischen Panzermarine des "Herkules" wider die im letzten Jahr so außerordentlich gesteigerte Geschützwirkung keine unbedingte Sicherheit mehr darbietet. Wo bleibt unter diesen Umständen aber für diese immensen Aufwendungen eine Grenze abzusehen? und wird schließlich der Nutzen dieser im Großen und Ganzen doch noch unerprobten Eisenschiffe mit den wahrhaft riesenhaften Kosten derselben in einen Vergleich gestellt werden können?

— Im Namen des Norddeutschen Bundes hat Se. Maj. der König die von dem Bundeskanzler und dem Kriegsminister entworfene Instruktion zur Ausführung des Gesetzes wegen der Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes genehmigt und durch das neueste Bundesgesetzblatt veröffentlicht lassen. Danach ist, wie die "Kön. Btg." bemerkte, die Verpflichtung der Bundesangehörigen zur Quartierleistung subsidiär. Sie tritt nur in dem Falle und nur so weit in Wirksamkeit, als das militärische Bedürfniß an dem mit Einquartierung zu belegenden Orte weder durch fiskalische Kasernen und Stallungen, noch durch freiwillig gestellte Quartiere oder Privatkasernements vollständig gedeckt wird.

— Es bestätigt sich, wird der "Kön. Btg." von hier geschrieben, daß General v. Voigts-Rhein hierhergekommen war, um persönlich über seine Wahrnehmungen bezüglich der neuesten Welfen-Agitationen zu berichten, resp. um Vorläufe zur Abhilfe namentlich gegen Entweichen von Welfen-Legionären auf dem Seewege und die dadurch erforderliche Bewachung der Küste zu machen. Es ist unzweifelhaft, daß die Regierung mit der Mit-

theilung des ganzen, ihr über die Welfen-Agitation zustehenden Materials vor den Landtag treten wird, wenn die Beschlagsnahmen-Verordnungen zur Verhandlung kommen. Es wird dies um so sicherer erwartet, und gewissermaßen als nothwendiges Abwehrmittel betrachtet, als von partikularistischer Seite ein Angriff auf die Vorlagen gewiß ist. Der Abg. v. Windthorst (Meppen), der bekanntlich als Unterhändler bei dem Vertrage mit dem Exkönig von Hannover fungirte und bisher den darauf bezüglichen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses als Zuhörer in der Präsidialloge beigewohnt hat, will diesmal in die Debatte eingreifen, wie er seinen Landsleuten bereits mitgetheilt.

— Die Ausschüsse des Bundesrats des Norddeutschen Bundes für das Landheer und die Festungen und für das Mechaniswesen haben im verflossenen Monat eine lange Reihe von Sitzungen gehabt, um nach den Finalabschlüssen der Volkszählung vom Dezember 1867 das Verhältniß der Leistungspflicht der einzelnen Bundesstaaten, welches sich eben nach der Höhe der ermittelten Bevölkerung richtet, für die Jahre 1868 bis 1870 definitiv festzustellen. Nach diesen Finalabschlüssen, welche während der letzten Session des Reichstags noch nicht vorlagen, stellt sich die Bevölkerung Preußens auf 24,102,912, Lauenburgs auf 48,726, Sachsen auf 2,356,091, Mecklenburgs (Schwerin) auf 572,269, Oldenburgs auf 309,417, Braunschweigs auf 287,803, Sachsen-Weimars auf 284,754, des zum Norddeutschen Bunde gehörenden Theils des Großherzogthums Hessen auf 267,072, Hamburgs auf 244,800, des Herzogthums Anhalt auf 183,817 des Herzogthums Sachsen-Coburg-Gotha auf 177,852, des Herzogthums Sachsen-Altenburg auf 143,769, des Fürstenthums Lippe-Detmold auf 112,748, Mecklenburgs (Strelitz) auf 99,585, Bremens auf 88,895, des Fürstenthums Neuß-Schleiz auf 87,806, des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt auf 75,025, des Fürstenthums Schwarzburg-Sondershausen auf 68,593, des Fürstenthums Waldeck nebst Pyrmont auf 59,852, Lübecks auf 45,409, des Fürstenthums Neuß-Greiz auf 44,994, des Fürstenthums Schaumburg-Lippe auf 30,901 Seelen. Es ergiebt dies eine Gesamtbevölkerung von 29,857,419 Seelen. Die seemännische Bevölkerung Preußens belief sich auf 15,358 Personen.

— Bei den Verhandlungen im Bundesrathe über den Modus der Deckung der Bundesbedürfnisse pro 1869 ist, wie die "Post" wissen will, bei denjenigen Staaten, welche keine Militärkonvention mit Preußen abgeschlossen und demzufolge noch eine eigene Militärverwaltung haben, ein anderes Verfahren beschlossen worden, als bei den übrigen Staaten. Während nämlich diese letzteren die Erträge ihrer Zölle, Matrikularbeiträte &c. vollauf an die Bundeskasse abzuliefern haben, ziehen die ersten das, was sie für das Militärwesen ihrerseits auszugeben haben, ab und zahlen nur den Rest bei der Bundeskasse ein. Hierdurch ist das Rechnungswesen selbstverständlich entschieden erleichtert; aber nach einer anderen Seite hin tritt ein anderer Umstand hervor, der wohl Beachtung verdient. Der Bundesrat hat keinen Kriegsminister; dennoch bezicht der preußische Kriegsminister sein Gehalt aus Bundesmitteln. Ebenso sind auch die Beamten des preußischen Kriegsministeriums keine Bundesbeamten, obgleich sie ebensowohl ihr Gehalt aus Bundesmitteln beziehen. Liegt hierin schon in Bezug auf die ganze derzeitige Stellung des preußischen Kriegsministeriums ein Widerspruch, wie er schwerer kaum sein könnte, so wird die Sache womöglich noch eigentümlicher durch das vorhin angedeutete Rechnungsverfahren. Die Staaten, welche mit ihrer eigenen Militärverwaltung auch ihren eigenen Kriegsminister haben, sind Sachsen, Mecklenburg und Hessen, und es tritt also das ganz absonderliche Verhältniß ein, daß, obgleich die Bundesverfassung von einem Kriegsminister nichts weiß, dennoch vier Kriegsminister rechnungsmäßig anerkannt werden. Das ist eine Anomalie, die auf die Dauer absolut unhaltbar ist, und wenn sie zur Zeit noch fortbestehen und sich geltend machen kann, so ist dies lediglich darauf zurückzuführen, daß der Reichstag sich einer verfassungsmäßigen Einwirkung auf das Militärbudget vorläufig noch begeben hat. In zwei Jahren wird dieses Verhältniß jedoch vorüber sein, und man wird es als selbstverständlich betrachten dürfen, daß der Reichstag alle diese, obendrein auch noch so kostspieligen Widersprüche nicht wird fortbestehen lassen wollen. Jedenfalls kann aus Dem, was jetzt gewissermaßen unter der Hand, rechnungsmäßig anerkannt wird, irgend ein Präjudiz für den Reichstag nicht folgen.

— Von der neuen juristischen Prüfungsordnung haben die künftigen Examinate, wie die "Trib." vernimmt, in sofern eine Erleichterung zu erwarten, als die Proberelationen nicht mehr über Obertribunalsachen gemacht werden sollen, sondern auch aus Prozeßakten, die bei Appellationsgerichten verhandelt sind. Im Abgeordnetenhaus ist die Vorlage noch nicht zur Beratung gekommen, die Kommissionsverhandlungen sollen jedoch erwarten lassen, daß nur wenige der im Herrenhause vorgenommenen Änderungen verworfen werden dürfen. Dagegen wird wahrscheinlich der Beschäftigung der Referendarien bei Rechtsanwälten, wie schon im Herrenhause als Wunsch ausgesprochen wurde, ohne daß sich ein Beschuß daran knüpfe, eine größere Ausdehnung gegeben werden.

— Das die Zulassung von „Ausländern“ zur Eingehung einer Ehe in Preußen betreffende Gesetz gilt gegenwärtig noch für die Staatsangehörigen außerhalb Deutschlands, mit Ausnahme der Franzosen, Briten und Bürger der Vereinigten Staaten Amerikas, innerhalb Deutschlands für die Angehörigen Österreichs, Bayerns, Württembergs, Badens, Hessens südlich des Mains und Liechtensteins. Die Franzosen, Briten und Amerikaner haben, statt des behördlichen Attestes, wonach sie unbeschadet ihrer Staatsangehörigkeit nach ihren Heimathäusern zur Eingehung einer Ehe im Auslande befugt werden, einen Paß beziehentlich entweder des französischen und britischen Ministeriums des Auswärtigen oder der Unions-Regierung, oder der diplomatischen Agenten dieser Behörden im Auslande zu bringen, worin ihre Eigenschaft als Franzose, Brite oder Bürger der Union ausdrücklich bezeugt sein muß. Pässe, welche diese Eigenschaft nicht bezogenen, sollen als Nachweis der Nationalität nicht gelten, und es haben, bei obwaltenden Zweifeln, die betreffenden Bezirks-Regierungen über diese Frage zu entscheiden. Uebrigens wird ein Fremder auch nach längerem Aufenthalte, resp. Wohnsitz in Preußen so lange als Ausländer betrachtet, bis er nach dem Gesetze die Eigenschaft als Preuse förmlich erworben hat.

— Am Sonntag (24.), als am Geburtstage seines geistigen Schirmherrn Friedrichs des Großen, beging nach alter Gewohnheit der Verein zur Beförderung des Gewerbelebens in Preußen seine Stiftungsfeier durch ein Festmahl im Arnim'schen Saale. Wir entnehmen der „Nat.-Stg.“ darüber Folgendes:

Professor Neuleau erstattete einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vereins im vergangenen Jahre. Der Verein zählt darnach gegenwärtig 390 Mitglieder und zwar 6 Ehrenmitglieder, 216 einheimische und 168 auswärtige Mitglieder; unter den letzteren befinden sich 17 Provinzial- und polytechnische Vereine und Gesellschaften. Von den 10 Preisaufgaben des vergangenen Jahres ist keine gelöst worden; es sind 2 neue hinzugekommen, so daß im Jahre 1869 12 Preisausschreibungen und außerdem 4 Honorare ausstehen; es sind außer den goldenen und silbernen Medaillen dafür Goldpreise im Gesamtwert von 8150 Thlr. ausgeschetzt. Das Vermögen des Vereins beträgt 26,500 Thlr., das Vermögen der seit dem Jahre 1829 damit verbundene v. Seydlitz'sche Stiftung 106,000 Thlr.; aus dieser Stiftung werden 20 Stipendiaten der hiesigen königl. Gewerbe-Akademie unterhalten. Das Vermögen der seit 1832 mit dem Verein verbundenen Weber'schen Stiftung beträgt 10,000 Thlr.; die Binsen werden zur Ausbildung von Handwerkern in den hiesigen Fortbildungsschulen verwendet. In Abwesenheit des Herrn Handelsministers brachte Herr Präsident Delbrück das Hoch auf Se. Maj. den König aus. Das vergangene Jahr, so lautete umgekehrter Trinkspruch, habe weniger glänzende Erfolge für den preußischen Gewerbeleben aufzuweisen als manche seiner Vorgänger; das sei jedoch eine Erziehung von vorübergehender Art; es habe dieses Jahr degegen Mahnungen ins Leben treten sehen, welche dauernde Erfolge versprechen: die Ausdehnung des Bollvereins, so daß Deutschland und Bollverein gegenwärtig identisch, longrunt seien; die Erweiterung unseres Absatzes in der österreichisch-ungarischen Monarchie infolge des mit Desterreit abgeschlossenen Handelsvertrags usw. Auf diesen neuen Bahnen bedürfe unser Gewerbeleben vor Allem des Friedens und da sei er sich bewußt, daß ihm darin der Wille seines Königs zur Seite stehe, der erst neulich sein gewichtiges Wort zur Wahrung des Friedens in die Waagschale gelegt habe und der, wie wir vertrauen können, uns und Europa auch in Zukunft den Frieden zu erhalten wissen werde; diesem Könige gelte sein Hoch. Von den Bestiedern, welche die Tafel verschönerten, möge hier zum Schluß noch die Humoreske von Dr. R. Löwenstein „Tempora mutantur“ erwähnt sein, worin der Dichter den Umsturz aller Verhältnisse und die Durchwühlung der ganzen Welt durch die „bitterböse Industrie“ mit der übermächtigsten Laune ironisierte.

— Die „Protestantische Kirchenzeitung“ schließt eine Besprechung der Angelegenheit des Dr. Preuß wie folgt:

„Mag es dem unglücklichen Menschen gegönnt werden, daß er der gesetzlichen Strafe entgeht mit seinem Namen eine Schmach im fernen Westen verhülle; auch wir wünschen, daß in der neuen Welt Gottes Gnade den Gefallenen innerlich und äußerlich zu einem neuen Leben aufrichten möge. Dürften aber diese berechtigten Empfindungen persönlichen Mitgefühls das Verfahren gegen einen Verbrecher bestimmen? Hat nicht das Thun dieses Mannes der öffentlichen Moral dem christlichen Gewissen noch ganz anders ins Gesicht geschlagen, als die Thaten von Tausenden, die mit langjähriger Buchstausstrafe ihr Vergehen büßen? Seine Bildung, sein Beruf, die Gegebenheiten seines Unterrichts, die Verpflichtung des Lehrers für das sittliche Gedanken der Schüler, waren das nicht furchtbar erschwerende Umstände bei der Beurtheilung seiner Schuld? Nicht eben so viel Mahnungen, das beleidigte öffentliche Gewissen durch das volle Gewicht der Strafe wieder zu versöhnen, den beunruhigten Eltern die Gewissheit zu geben, daß das schärfste Auge über dem sittlichen Werth der Männer wache, denen sie ihre Söhne

## Über die totale Sonnenfinsternis vom 18. August 1868.

Vortrag im naturwissenschaftlichen Verein zu Posen, gehalten von Dr. A. Magener.

(Fortsetzung.)

Gehen wir nun zu der Sonnenfinsternis selbst über. Eine Sonnenfinsternis entsteht dadurch, daß der Mond, der um die Erde jeden Monat ungefähr seine Kreisbahn beschreibt, in seinem Laufe gerade zwischen die Sonne und Erde kommt und uns einen Theil oder gar die ganze Sonne bedekt. Läge die Erdbahnen und Mondbahnen in einer Ebene, so würden wir bei jedem Neumond, wo der Mond in der Mitte des der Sonne zugeführten Theiles seiner Bahn steht, seine beleuchtete Seite also der Sonne, seine dunkle uns zukehrt, eine Sonnenfinsternis haben; die Neigung der Mondbahn gegen die Ellistik von  $5^{\circ} 8' 4''$  bewirkt, daß der kegelförmige Mondschatten, der eine Länge von 49. bis 51tausend Meilen hat, die Erdoberfläche seltener erreicht. trifft der Mondschatten die Erde, was immer nur in einem schmalen Streifen geschehen kann, so haben die beschatteten Orte eine totale Sonnenfinsternis, die vom Halbschatten getroffen, eine partielle, alle andern Orte gar keine Finsternis. Es findet bei einer Sonnenfinsternis durchaus keine Abnahme des Lichtes der Sonne, sondern nur eine Bedeckung der Sonne durch den Mond wie durch einen vorgehobenen Schirm, eigentlich also eine Erdfinsternis statt.

Sonne und Mond haben für das unbewaffnete Auge am Himmel dieselbe scheinbare Größe von einem halben Grade, so daß man am Himmelsgewölbe in einem größten Kreise 720 Sonnen- oder Mondscheiben sich aneinander gereiht denken könnte. Waren die Erdbahnen und Mondbahnen kreisförmig, so würden die Sonne und der Mond stets in derselben Entfernung von der Erde sich befinden und für unser Auge dieselbe Größe behalten. Nun hat aber in Folge ihrer elliptischen Bahnen weder die Erde stets denselben Abstand von der Sonne, noch der Mond denselben von der Erde. Ist die Sonne in ihrer Erdnähe, wie im Winter, und der Mond in der Erdferne, so erscheint die Sonnenfuge größer, als sonst im Jahre, der Mond dagegen etwas kleiner als gewöhnlich, es vermag die Mondscheibe die

zur geistigen und sittlichen Bildung anvertrauen? Könnte man nicht den Verurtheilten, wenn etwa mildernde Umstände entdeckt würden, der königlichen Gnade empfehlen? Statt dessen ist, wie man sagt, durch den Einfluss mächtiger Freunde der Mann der Strafe entzogen und mit pekuniären Mitteln versehen über das Meer gefendet; man nennt die Namen, nennt die Summen. Wir fragen, die Nichtigkeit der Thatachen vorausgesetzt: Würde es einem Gymnasial- und Universitätslehrer von anderer kirchlich-politischer Gesinnung unter gleichen Umständen möglich gewesen sein, sich der Strafe zu entziehen? Wir fragen weiter: Ist Angesichts dieser Thatachen zu anderer aus naher und nächster Vergangenheit das schwere Misstrauen nicht berechtigt, mit dem unser Volk auf jede äußerlich sehr hervortretende Frömmigkeit blickt? Ferner ist es wirklich wahr, was man sich erzählt, daß derselbe Mann, der ungebunden die Jugend unterrichtete, der neuordnungen zu einer theologischen Professur designiert gewesen sein soll, daß derselbe Mann schon vor Jahren in dringendem Verdacht der gleichen Verbrechen gestanden? Endlich, wenn es eine weitverbreite Meinung ist, das zwischen einer gewissen religiösen Richtung und gewissen Vergehen ein engerer innerer Zusammenhang besteht, wird diese Meinung entwurzelt werden, wenn diejenigen der Strafe entgehen, deren Leben jene Meinung bestätigt? Jede Partei, namentlich die jeweilig herrschende, kann und wird das Unglück haben, daß sich unwürdige Subjekte ihr anhängen: ihre Regierungswise erweist eine Partei, vor allem eine kirchliche, nur dadurch, daß sie im Halle der Schule auch ihre Lieblinge die volle Wucht des Gesetzes empfinden läßt.

— In der Stadt geht das Gerücht, daß der angeblich nach Amerika entwichene Dr. Preuß sich noch hier verborgen aufhält. Es wird sogar sein Versteck nach Straße und Hausnummer bezeichnet.

— Die Frage, ob ein Abgeordneter ohne vorgängige Genehmigung des Hauses auf Antrag seiner Gläubiger behufs Ablegung eines Manifestationeides verhaftet werden kann, schreibt man der „Br. M. Stg.“ vorläufig in der Botenstube des Abgeordnetenhauses verneint worden, und hat der Botenmeister es demgemäß während der Schlusseratung des Budgets den Gefüreuten des Stadtgerichts verwehrt, einen in seiner Wohnung bereits ausgepfändeten Abgeordneten von der Rechten in dem Geschäft der Geldherwillung für die Regierung zu fören. Der Rothstand des betreffenden, in der Provinz Preußen gewählten Abgeordneten ist übrigens von älterem Datum und hat durch ein Darlehen von 20,000 Thalern aus förmlichen Dispositionsfonds nicht besetzt werden können. Es schwant ein Unsterb über diesen Gänzlingen Maurau'scher Wahlen; zwei derselben sind fürztlich noch lafftirt worden!

— Die Aufstellung einer Bilanz wird bekanntlich den Kaufleuten sowohl im Handelsrecht als auch im Strafgesetzbuch zur Pflicht gemacht. Wenn sich bei Zahlungseinfällen herausstellt, daß der Gemeinfabuldiere diese Vorschrift verabsäumt hat, so verfällt er der Bankrottsstrafe. In einzelnen Fällen haben Gerichte unter „Jahresbilanz“ eine Bilanz am Jahresende des Kalenders verstanden. In dieser Beziehung hat nun aber das Obertribunal neuerdings einer milderen Aufführung Eingang verliehen und erklärt, daß Beginn und Schluss des Jahres stets vom Abschluß der vorhergegangenen Bilanz zu berechnen sei. Wer also nicht am Anfang eines Jahres, sondern erst im Laufe desselben sein Geschäft eröffnet hat, der ist auch nur verpflichtet, erst mit dem Ablauf seines Geschäftsjahres eine Bilanz zu ziehen.

**Görlitz**, 26. Januar. In der heutigen Nachwahl zum Abgeordnetenhaus für den Laubaner Wahlkreis wurde Dr. Louis Müller in Berlin mit 256 Stimmen gewählt; der Gegenkandidat, Staatsanwalt Kölp, hierfür erhielt 124 Stimmen.

**Schwerin**, 26. Januar. Die „Mecklenburger Anzeigen“ enthalten einen ancheinend offiziellen Artikel über das Verhältnis des Gesamtcontingents der beiden Großherzogthümer zum Heere des Norddeutschen Bundes. In dem Artikel wird ausgeführt, daß die zum Bundesheer zustellenden Truppen beider Großherzogthümer in sich geschlossene Abtheilungen bilden, welche als Gesamtcontingent zu dem 9. Bundesarmee-Korps gehören, jedoch sowohl in Betreff der Militärverwaltung wie des Militär-Justizwesens selbstständig sind. Nur das Offizierkorps ist auf Grund der neuerdings abgeschlossenen Militärkonventionen in die kgl. preußische Armee eingereiht, und nur durch dies Verhältniß der Offiziere unterscheiden sich die mecklenburgischen Truppen von den wirklichen Bundeskontingenten.

## Oesterreich.

**Wien**, 26. Jan. Die Angelegenheit der galizischen Resolution harrt immer noch ihrer Erledigung. Nachdem bekanntlich die Interpellation des Abgeordneten Groholzki von der Regierung ablehnend beantwortet worden, ist in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. d. wie uns telegraphisch gemeldet wird, von dem Abg. Ziemiakowski und Genossen der Antrag eingebracht, die Regierung aufzufordern, die Resolution des galizischen Landtages dem Reichsrath zur verfassungsmäßigen

mäßigen Behandlung vorzulegen. — Der Finanzminister brachte in derselben Sitzung einen Gesetzentwurf ein betreffend die Rentensteuer.

In diesen Tagen steht die Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Weichs betreffs der noch immer anhaltenden Thätigkeit der geistlichen Chegerichte bevor. Der „Debatte“ zufolge wird die Antwort, wenn nicht alle Andeutungen trügen, solfern ausreichend ausfallen. Das Ministerium denkt nämlich zu erklären, es habe keine amtliche Kenntnis von dem Bestande geistlicher Chegerichte und könne deshalb auch amtiell gegen dieselben nicht einschreiten.

Aus Linz wird von einer neuen Auseinandersetzung des dortigen Clerus gemeldet. Derselbe erklärt nämlich geradezu, er werde was die Führung der Matrikel betrifft, nicht dem Staatsgesetz, sondern dem Gebote seines Bischofs folgen. Er führt an, daß die meisten Bischöfe und auch jener von Linz bereits Vorschriften über die Matrikelführung erlassen haben. Da nun der Clerus sich der Pflicht des kanonischen Gehorams unter keiner Bedingung entzögeln kann, trete für den katholischen Priester das katholische Dilemma ein, entweder durch Ungehorsam gegen die bischöflichen Vorschriften seinen dem Bischofe geschworenen Eid zu brechen oder dem Staatsgesetz die Danachhaltung zu verlegen. Die Cleriker fragen nun, ob der Priestereid weniger bindend sein soll, „als ein Eid auf eine Staatsverfassung, welche nach den jeweiligen Zeitschätzungen mannigfaltige Wandlungen durchmachen kann und zweifelsohne auch wird?“ Und, wird weiter gefragt, „sollte eine weise und sittliche Gesetzgebung wirklich auf dem Bestande einer Vollzugsvorschrift beharren können, wodurch der katholische Priester gezwungen würde, meineidig zu werden?“ Es heißt zum Schluß:

„Wenn der Seelsorger gezwungen werden sollte, Alte in die Kirche zu nehmen, die nicht nur nicht in den Bereich der katholischen Kirche gehören, sondern sogar ihren Dogmen geradezu widersprechen, wie z. B. eine Zivilie, die laut Dogma und den unzweideutigen Ausprüchen der allgemeinen Konzilien eine Ehe im eigentlichen Sinne, d. h. ein Sakrament, nie und nimmer mehr ist, oder aus solchen Ehen entsprungene Kinder als eheliche einzutragen, so würde der Seelsorger dadurch genötigt, gegen seine heilige Überzeugung und gegen die Lehre der Kirche etwas zu bestätigen, er würde somit ein Lügner und der Kirche gegenüber ein Verräther.“

Dem gegenüber erwidert die „Presse“: „Derartige Auseinandersetzungen der letzten Rest jener Gemüthlichkeit, die unsere gelegentlich gebenden Faktoren bisher verhindert hat, auch die äußerste Konsequenz jener Prinzipien zu ziehen, welche die Staatsgrundgesetze als integrirend in Bestandteil unserer verfassungsmäßigen Institutionen hingestellt haben; welche bisher Ursache war, daß man die Artikel des Konkordats nur stückweise mit schonder Hand zu demoliren versuchte, anstatt frischweg über den ganzen Vertrag mit der Kurie zur Tagesordnung überzugehen.“

## Frankreich.

**Paris**, 24. Januar. Dem „Sécle“ gehen interessante Mittheilungen über die Lage auf der Insel Réunion zu, denen wir Folgendes entnehmen:

Die Jesuiten haben sich auf der Insel mit ihrem verhängnißvollen Einflusse festgesetzt und alles dem geistlichen Regiment dienstbar zu machen gesucht. Unter dem Vorwand professionellen Unterrichts gründeten die Kongregationen in St. Denis Werkstätten, welche den freien Arbeitern eine verderbliche Konkurrenz machen. Es ist dies immer dasselbe System, dessen Praxis wie in Frankreich selbst kennen. Mönche, welche ihre Zeit zwischen der Anbetung Gottes und den Sorgen industrieller Thätigkeit verbringen, Karneleiter, welche Eligie zu 4 Frs. das Blaurot verkaufen, welche keine Liquore bereiten und die „Chartreuse“ in Flaschen feilhalten! Unsere unglaublichen Landsleute von der Réunion sind außerdem ihrer politischen Rechte beraubt, ganz wie von den Assisen verurteilte Verbrecher. Sie haben nicht einen Abgeordneten in der Kammer und erfreuen sich eines Gouverneurs, welcher zu ihnen kommt, um die Späule eines Schiffspiloten mit denen eines Admirals zu vertauschen; ihre Municipalräthe werden vom Gouverneur eingesetzt und der Generalrat der Insel von letzterem und den von ihm ernannten Municipalräthen gewählt.“ Hierzu seien dann eine Reihe materieller Unfälle getreten. Das „Sécle“ sagt schließlich: „So verloren die Kroolen, welche sahen, daß alles sich gegen sie verschwörte und daß ihnen von Frankreich nicht die geringste Hilfe kam, den Glauben an die Zukunft und protestierten nur noch durch summe Verzweiflung gegen ein Regiment, dessen absolute Impotenz, etwas Heilsames zu schaffen, heute erwiesen ist. Was die Réunion heute verlangt, ist ihre legislative, administrative, kom-

die Erde. Ein Punkt der Erdoberfläche jagt dem Mondschatten gewissermaßen nach. Dies Nachjagen ist aber am Äquator am schnellsten; daher wird auch hierdurch die größtmögliche Zeitdauer der Finsternis hervorgebracht.

Der Gürtel der totalen Verfinsternung hatte eine Breite von fast 30 Meilen. Die Sonne ging verfinstert auf in jener Gegend Abyssiniens, in welcher sich der Blaue Nil nach Norden zu wenden beginnt. Der Kermesschen streifte mit seinem Nordrande Gondar, setzte die Insel Perim einschließlich über die Straße Bab-el-Mandeb, gelangte nach Yemen, ging über Aden, durch das Arabische Meer, über Goa nach Bordeland, trat bei Masulipatam in den Meerbusen von Bengal ein, durchschritt bei Mergui die Landenge Tenasserim (Hinterindien), berührte das Kap Cambodja, ging südostwärts nach dem nördlichen Theile von Borneo, durch die Residentenschaft Menado auf Celebes, überquerte den Äquator, traf die Banda-Inseln, die Torresstraße, streifte mit seinem Südrande das Kap York (die nördlichste Spitze von Australien) und eilte durch das Korallenmeer bis zur Gruppe der Neuen Hebriden, wo man die Sonne verfinstert untergehen sah.

Die zentrale Finsternis begann um 4 Uhr 19 Minuten und endigte um 7 Uhr 44 Minuten nach mittlerer Leipziger Zeit, sie dauerte also für die ganze Erde 3 Stunden 25 Minuten, die damit verbundene partielle 5 Stunden 15 Minuten, also 1 Stunde 15 Minuten länger.

Während der Mondschatten von West nach Ost über die Erde hinzog, gelangte er nach und nach zu Punkten, für welche es bereits immer später am Tage war. So begann die zentrale Sonnenfinsternis bei Gondar in Abyssinien des Morgens um 5 Uhr 53 Minuten dortiger Zeit, in Aden um 6 Uhr 20 Minuten, in dem Dorfe Moolwar (Beobachtungsstation in Bordeland) in der Nähe von Bidschapur gegen 10 Uhr 15 Minuten, im Golf von Siam des Mittags 12 Uhr und endigte im Korallenmeer Abends 5 Uhr 58 Minuten. Die größte Dauer für einen Ort der Erde hatte die totale Finsternis des Mittags im Golf von Siam bei einer Sonnenhöhe von  $87\frac{1}{2}$  Grad, sie betrug 6 Minuten 50 Sekunden. Unter den günstigsten zusammenwirkenden Umständen kann eine totale Finsternis für

Sonnenscheibe nicht zu verdecken, der Schattenkegel des Mondes reichte die Erde nicht, es bleibt noch ein Sonnenrand sichtbar, und die Verfinsternis ist eine ringförmige. Eine solche tritt den 11. Februar d. J. ein, wo die Sonne in der Erdnähe groß, der Mond in der Erdferne klein erscheint. Sie wird im südlichen Theile von Amerika und Afrika sichtbar sein; total ist sie nur im südlichen Polarmeere.

Welche Gründe waren es nun, welche die Sonnenfinsternis des 18. August 1868 zu einer so merkwürdigen machten, wie sie in Jahrtausenden nicht vorkommt, und ihr eine solche Wichtigkeit verliehen, daß alle bedeutenderen Nationen der Erde Astrologen zu ihrer Beobachtung nach dem äquatorialen Erdgürtel abhanden?

Am 1. Juli dieses Jahres befand sich erstens die Sonne in ihrer Erdferne, zeigte also am 18. August eine Scheibe von noch kleinem Durchmesser, der Mond stand um Mitternacht vom 17. zum 18. August in der Erdnähe, zeigte sich daher, als 6 Stunden darauf die Sonnenfinsternis stattfand, als große Kreisfläche, konnte also die Sonne lange Zeit hindurch verdecken.

Zweitens, und das war der wichtigste, seltsame und merkwürdigste Umstand, stand zur Zeit der Sonnenfinsternis der Mittelpunkt der Erde, der des Mondes und der der Sonne genau in gerader Linie. Daher lief der Schatten des Mondes gerade über den Erdäquator fort.

Daran knüpften sich wiederum drei Erscheinungen, welche zusammenwirkend das Natur-Phänomen zu einem höchst glänzenden machten.

Der Mondschatten durchleite erstens, da der Äquator ein größter Kreis der Erde ist, die größtmögliche Strecke auf der Erde.

Zweitens stand ein Beobachter auf dem Äquator dem Monde näher, als auf jedem anderen Punkte der Erde; deshalb mußte ihm die Mondkugel größer als sonstwo erscheinen. Zwar wird auch die Sonnenkugel dadurch vergrößert, jedoch nur in 400mal geringerem Maße, als der Mond, weil die Sonne von uns 400mal weiter absteht, als der Mond.

Drittens drehen sich Mond und Erde in demselben Sinne von Westen nach Osten, der Mond jedoch stets schneller als

merzielle und Soll-Emanzipation, wobei sie jedoch die treue Tochter Frankreichs im indischen Meer bleiben will."

Der "Public" meldet, daß am nächsten Dienstag bei der Debatte über die Vorgänge auf Réunion die Herren Bethmont, Picard und Granier de Cassagnac das Wort nehmen würden. Der Marineminister Rigault de Genouilly solle den Interpellanten antworten und Nouher die Debatte durch eine Aufzählung aller der Reformen schließen, welche die Regierung in die gegenwärtige Organisation der Kolonie einzuführen gedenkt.

Heute Nachmittag zwei Uhr empfing der Kaiser mit großem Ceremoniell die chinesische Gesandtschaft unter der Leitung des Herrn Anson Burlingame.

Paris, 26. Jan. Ein Wechselagent der hiesigen Börse, Namens Barnes, hat sich entlebt. Als Ursache wird die Veruntreuung einer Summe von 1,700,000 Frs. in Werthpapieren durch den Kassirer desselben angegeben.

### Spanien.

Madrid, 24. Jan. Heute wurde der öffentliche Gottesdienst der Protestanten in vollkommener Ordnung und Würde zum ersten Male abgehalten. Mehrere Damen nahmen Theil an der Feierlichkeit.

Madrid, 26. Jan. Ein Dekret des Ministers Zorilla verordnet die Besitznahme aller in kirchlichen Gebäuden und Klöstern befindlichen Archive, Bibliotheken und sonstigen Sammlungen. Die Bibliotheken der Seminare sollen der Geistlichkeit verbleiben. — Die amtliche "Gazeta" bestätigt die bereits gemeldeten Details über die Ermordung des Civilgouverneurs in Burgos und fügt hinzu: An allen übrigen Orten ist die Besitznahme der Archive ohne Hindernis vor sich gegangen. — Es ist das Gericht verbreitet, der päpstliche Nuntius werde Spanien verlassen; unter den Mitgliedern der provisorischen Regierung seien Streitigkeiten ausgebrochen und eine Kabinetskrise sei zu erwarten.

### Portugal.

Lissabon, 25. Januar. Der König hat auf einen Theil seiner Zivilliste zu Gunsten der Staatskasse verzichtet.

### Großbritannien und Irland.

London, 23. Januar. Der "Spectator", dem nach dem Ergebnis der Korteswahlen die Berufung eines Königs als feststehende Thatsache erscheint, nennt als die einzigen Kandidaten, zwischen denen die Wahl schwanken werde, den Herzog von Montpensier und den Herzog von Aosta (der Prinz von Asturien habe soviel Aussicht, gewählt zu werden, und Dom Ferdinand von Portugal würde die angebotene Krone ablehnen). Die meisten Aussichten hat gegenwärtig der Herzog von Montpensier, denn er ist ein Spanier, als solcher jedenfalls adoptirt, besitzt die Unterstützung gewisser Mitglieder der provisorischen Regierung, steht in Gnaden beim Papste und besitzt etwas von den Fähigkeiten seines Vaters, allerdings aber auch des letzteren Selbstsucht und Geldgeiz. Persönlich beliebt ist er nicht, und seine Frau ist eben so bigott, wie ihre Schwester, die Exkönigin. Ihm fehlt, wenn nicht gerade soldatischer Mut — eine grundlos aus einem bloßen Zufall entstandene Verleumdung, — doch der Abenteuergeist, wie ihn ein Mann, der sein Alles um die Erlangung eines Thrones wagt, besitzen müßte. Außerdem ist er der einzige Kronenkandidat, gegen den Kaiser Napoleon angeblich Einsprache erhob, obgleich der Einfluß der Tuilerie gegen eine nationale Bewegung wenig vermögte, würde er gegen den Erfolg einer politischen Intrigue schwer ins Gewicht fallen. Was den Herzog von Aosta betrifft, so ist dieser eigenhümlicher Weise der legale Erbe trast des Traktes, welcher den Bourbonen schließlich den spanischen Thron überantwortete. In diesem Trakte war nämlich stipuliert worden, daß nach Erledigung des Thrones durch die Bourbonen die Krone auf das Haus Savoyen übergehen sollte. Nun ließe sich allerdings in unserer Zeit auf dieses Nebeneinander kein Anspruch gründen, doch dürfte dadurch der Stolz eines Volkes verschützt werden, welches sich gern auf vergangene Zeiten beruft. Der 25jährige Herzog hat einen Theil der Dückigkeit und Leidenschaftlichkeit des erfolgreichen Hauses von Sa-

einen in Groort höchstens 7 Minuten 58 Sekunden anhalten; aber nur die Finsternisse von 585 v. Chr. Geb. und 1483 nach Chr. Geb. kommen der Finsterniß von 1868 an Größe nahe, während die meisten viel rascher vorübergehen. So dauerte die Sonnenfinsterniß vom 18. Juli 1860, zu deren Beobachtung hunderte von Astronomen nach Spanien gewalfahrt waren, nur 2 Minuten 50 Sekunden.

Die Genauigkeit der Vorausberechnung der Sonnenfinsternisse hat mit Hilfe der von Hansen entworfenen Mondtafel und der von Leverrier berechneten Sonnenstafern einen hohen Grad erreicht, so daß der Fehler jetzt höchstens sechs Sekunden beträgt.

Bon vielen Staaten, so von England, Frankreich, Österreich und von dem Norddeutschen Bunde wurden Expeditionen zur Beobachtung der Sonnenfinsterniß ausgerüstet und abgezogen. Der Norddeutsche Bund bewilligte auf Anregung des Dr. A. Bernstein aus Berlin, einem Mitgliede der Astronomischen Gesellschaft, 16,000 Thaler, und sandte zwei Expeditionen ab. Eine bestehend aus dem Professor Spörer aus Anklam, Dr. Lietzen aus Berlin, Dr. Engelmann aus Leipzig und dem Physiker Koppe aus Berlin ging nach Borderindien; die andere, geführt von dem Bonner Astronomen Dr. Tiele, dem die drei Photographen Dr. Vogel, Dr. Zenker und Dr. Fritsch aus Berlin sich anschlossen, ging nach Aden. Eine österreichische bestehend aus Dr. Weiß, Dr. Oppolzer und dem L. f. Schiffslieutenant Rziba, wählte ebenfalls Aden zur Beobachtungsstation. England sandte den Major Tennant und den Lieutenant Herschel, einen Enkel von William Herschel, an die Ostseite Borderindiens. Frankreich schickte eine Expedition unter dem bereits mit dem Spektroskop vertrauten Physiker Jansen nach Guntur in Borderindien, wo auch der Major Tennant beobachtete, und eine zweite unter Leitung des Marcellus Astronomen Stephan nach Cambodja. Alle Expeditionen — die angeführten sind nur die bekanntesten — wollten, wo möglich, die Zentrallinie der Beobachtung astronomisch besetzen und wählen solche Orte zur Beobachtung, in welchen die Witterung voraussichtlich günstig war.

Alle erreichten rasch und glücklich den Ort ihrer Bestimmung. Die deutschen Expeditionen hatten sich in die Arbeit ge-

voren geerbt. Italien, Frankreich und England würden seine Wahlung mit Vergnügen sehen und sämtliche Regierungen Europas ihn sofort anerkennen. Die liberalen Spaniens fänden in ihm eine Schranke gegen die Neubergriffe der Kirche und die Landleute einen an die Gebräuche und Vorurtheile eines südl. Volkes gewohnten Mann. Andererseits jedoch würde seine Wahlung in Rom ungern gesehen, die Italiener sind in Spanien nicht beliebt, und der Prinz selber ist im Regieren unerfahren. Den Ausschlag zwischen diesen einander gegenüberstehenden Einflüssen wird, wie wir glauben, die provisorische Regierung geben, und wenn, wie es heißt, diese sich für den Herzog von Aosta erklärt, wird er wahrscheinlich ohne Widerstand gekrönt werden und kann sich sofort an die Lösung seiner drei furchtbaren Aufgaben machen: Herstellung der politischen Disziplin in der Armee, Einführung eines anständigen Steuerwesens und Schöpfung eines die Majorität annähernd befriedigenden Grund- und Pachtgesetzes. So lange diese drei Umgestaltungen nicht vollzogen sind, bleibt es keine Sicherheit für eine spanische Regierung, und doch würde jede einzelne derselben die Fähigkeiten des tüchtigsten europäischen Staatsmannes aufs äußerste herausfordern."

### Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 26. Jan. Es heißt, der Prinz und die Prinzessin von Wales werden ihre Reise bis hierher ausdehnen. Mehreren Blättern zufolge soll der britische Botschafter Elliot die Pforte von dem zu erwartenden Besuch des prinzlichen Paars bereits benachrichtigt haben.

Bukarest, 25. Jan. Der Besluß der Regierung, das preußische Reglement bei der hiesigen Armee einzuführen, ist im Senate von Seiten der Opposition durch den General Jean Floresco aufs heftigste angegriffen worden. Derselbe behauptete, daß im Jahre 1859 das französische Reglement durch ein Gesetz eingeführt, mithin durch die Annahme des preußischen Reglements dieses Gesetzes verlegt worden sei. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß derartige Bestimmungen in Bezug auf die Ausbildung der Armee zu den Prärogativen der Krone gehören, da der Fürst als solcher zugleich der Chef der Armee ist, daß mithin die Landesvertretung sich in dieselbe nicht zu mischen hat. — Die Majorität der Deputirtenkammer hat, trotz der eifrigsten Befürwortung des Ministeriums, die bisher verliehenen Subventionen für die protestantischen und römisch-katholischer Schulen gestrichen. — Der "Moniteur" erklärt die Hauptung ausländischer Zeitungen für unwahr, daß Waffen und Kriegsmaterial von Rumänien nach Siebenbürgen und Bulgarien geschickt werden.

### Vom Landtage.

#### 38. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 26. Januar. Eröffnung um 10½ Uhr. — Am Ministerisch: Dr. Leonhardt, Graf Eulenburg. Die Kommission zur Vorberatung der Gesetze, betreffend den Eigentumserwerb und die Hypothekenordnung, hat sich konstituiert: v. Rönne, Vorsitzender, Meyer (Minden), Stellvertreter, v. Kleinjorgen, Schriftführer, v. Böttcher, Stellvertreter, Dr. Augler, Graf v. Hagen, v. Hennig, v. Auerswald, Bahlmann, Thilo, Dr. Waldeck, Lasker, Dr. Dittler, v. Wedell.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung über das Gesetz, betreffend die Gerichtsbarkeit und das gerichtliche Verfahren in Che- und Verlobnissachen in der Provinz Hannover. Die ersten 6 Paragraphen werden unverändert so angenommen, wie sie aus der Vorberatung hervorgegangen sind. Zu § 7, welcher nach den Beschlüssen der Vorberatung lautet: "Bei den Verhandlungen vor dem erkennenden Gerichte muß die Kronanwaltschaft vertreten sein." (Der Nachschluß des Paragraphen, daß die Nichtteilnahme der Kronanwaltschaft an den Verhandlungen die Nichtigkeit des ganzen Verfahrens zur Folge hat, ist in der Vorberatung befürchtet gestrichen worden), stellt Abg. Lasker das Amendingement, den Paragraphen folgendermaßen zu fassen: "Bei den Verhandlungen vor dem erkennenden Gericht muß die Kronanwaltschaft vorgeladen werden." — Dies Amendingement, so motiviert er seinen Antrag, wolle kein neues Prinzip einführen, sondern ergebe sich aus der Konsequenz des Beschlusses in der Vorberatung, wo der zweite Satz des § 7 gestrichen sei; dadurch sei anerkannt worden, daß auch ohne Theilnahme der Kronanwaltschaft verhandelt werden könne. Die Worte "muß vertreten sein", müssen also gestrichen werden; die Theilnahme an den Verhandlungen werde dadurch in das Belieben der Kronanwaltschaft gestellt.

Der Justizminister: Das Amendingement Lasker paßt nicht zu der Form der hannoverschen Prozeßordnung; diese weist von einer Ladung der

Kronanwaltschaft nichts; von allen Geschäften, überhaupt solchen, welche den Personenstand betreffen, werden die Akten 3 Tage vor der Verhandlung der Kronanwaltschaft mitgetheilt, um derselben Gelegenheit zu geben, wenn sie es für erforderlich hält, in der Sitzung zu erscheinen, um sich gutachtlich zu äußern. Wenn Sie nicht die in der Vorberatung angenommene Fassung beibehalten wollen, so ist es besser, das Al. 1 ganz zu streichen, als eine Vorchrift aufzunehmen, die jedem, der die hannoversche Prozeßordnung kennt, als in derselber nicht begründet erscheinen muß.

Abg. Lasker erkennt an, daß Al. 1 ganz überflüssig ist, wird deshalb in erster Linie gegen Al. 1 überhaupt stimmen.

Der Justizminister: An und für sich lege ich auf Aline 1 keinen Wert, nachdem Aline 2 wegfallen ist, zumal nach der hannoverschen Prozeßordnung die Akten über Geschäften der Staatsanwaltschaft mitgetheilt werden müssen. Es wäre mir jedoch erwünscht, wenn Aline 1 beibehalten und das gestrichene Aline 2 der Regierungsvorlage wiederhergestellt würde. Ich habe dies nur deshalb von vornherein nicht beantragt, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu erschweren. — Abg. Lasker: Nach dieser Erklärung des Justizministers ziehe ich mein Amendingement zurück, und bitte alle diejenigen, welche für dasselbe stimmen wollten, jetzt mit mir gegen den ganzen § 7 zu stimmen.

Bei der Abstimmung wird zunächst auf die Fassung des § 7 nach der Vorberatung mit großer Majorität abgelehnt, dafür nur Abgeordneter Simon, v. Baffrow mit 3 bis 4 anderen Konservativen; es wird nun mehr abgestimmt über die ursprüngliche Regierungsvorlage (Wiederherstellung des Aline 2, wonach die Nichtteilnahme der Kronanwaltschaft die Nichtigkeit der Verhandlung begründet); dafür stimmen die Konservativen, Freikonservativen, Utiliberale und die hannoverschen Nationalliberalen; da das Bureau über das Resultat zweifelhaft ist, wird gesäßt; es ergibt sich, daß die Regierungsvorlage mit 116 gegen 119 Stimmen abgelehnt ist; in der auf Antrag des Abg. v. Denzin vorgenommenen namentlichen Abstimmung wird jedoch, da inzwischen die Zahl der anwesenden Mitglieder, namentlich der Rechten, sich erheblich vermehrt hat, die Regierungsvorlage mit 144 gegen 135 Stimmen wiederhergestellt. — Die übrigen Paragraphen werden unverändert angenommen und darauf das ganze Gesetz. (Die Fortschrittspartei stimmt nunmehr dagegen.)

Es folgt der mündliche Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Anstellung im höheren Justizdienst. Es liegen zu demselben mehrere Amendements der Abg. Windthorst, Kratz und Lasker vor, deren Erwähnung wir für die Spezialdiskussion vorbehalten.

Der Gesetzentwurf, sowie er aus den Berathungen des Herrenhauses vorgegangen ist, lautet:

§ 1. Wer in einem Landesteile unserer Monarchie nach den dort geltenden Bestimmungen die Besitzigung erlangt hat, das Amt eines Richters bei einem Kollegialgerichte zu bekleiden, kann in allen Landesteilen unserer Monarchie als Richter, Rechtsanwalt (Advokat, Advoat) oder als Beamter der Staatsanwaltschaft angestellt werden.

Dasselbe gilt für die Angehörigen der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, welche diese Besitzigung nach der bisher dort geltend gewesenen Bestimmungen bis zum 1. Januar 1869, und von da an, nach den in einem preußischen Landesteile geltenden Gesetzen erworben haben.

§ 2. Zur Anstellung als Mitglied eines Appellationsgerichts ist erforderlich, daß der Beamte mindestens 4 Jahre als etatsmäßiger Richter oder als Beamter der Staatsanwaltschaft oder als Rechtsanwalt (Advokat, Advoat) angestellt gewesen ist.

§ 3. Zur Anstellung als Mitglied des Obertribunals ist erforderlich, daß der Beamte mindestens vier Jahre als vortragender Rat im Justizministerium, als Mitglied eines Appellationsgerichts, als Präsident oder Kammerpräsident bei einem Landgerichte, als Präsident oder Vizepräsident bei einem Obergerichte, als Direktor eines Stadt- oder Kreisgerichts, als Ober-Staatsanwalt, General-Advokat oder Ober-Prokurator angestellt gewesen ist.

Mitglieder der in den neu erworbenen Landesteilen früher bestandenen Ober-Appellationsgerichte können ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Amts-tätigkeit als Mitglieder des Ober-Tribunals angestellt werden. Ingleiden können während eines Beitraums von zehn Jahren, angezählt vom Tage der Publikation dieses Gesetzes, Mitglieder der in den neu erworbenen Landesteilen bestandenen oder befreihenden Appellations- oder Obergerichte, welche seit Eintritt in diese Gerichte acht Jahre lang etatsmäßige Richter gewesen sind, ohne Rücksicht auf die besondern Voraussetzungen des ersten Absatzes dieses Paragraphen als Mitglieder des Ober-Tribunals angestellt werden.

§ 4. Bis zur Vereinigung des Ober-Appellationsgerichts zu Berlin mit dem Ober-Tribunal sind die Vorschriften des § 3 auch für die Anstellung als Mitglied dieses Ober-Appellationsgerichts maßgebend.

§ 5. Wer mindestens vier Jahre die Stelle eines ordentlichen Professors der juristischen Fakultät bei einer inländischen Universität bekleidet hat, kann zum Mitgliede eines jeden Gerichts ernannt werden, ohne daß die Ablegung der für Richter vorgeschriebenen Prüfung oder für die Ernennung zum Mitgliede eines Appellationsgerichts, des Ober-Tribunals oder des Ober-Appellations-Gerichts die vorgängige Anstellung bei einem anderen Gerichte erforderlich ist.

§ 6. Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen (insbesondere die §§ 1 und 2 der Verordnung vom 8. Februar 1867 — Gesetzmöglichkeit S. 209) werden aufgehoben.

Neb. Abg. Lasker gibt einen Überblick über die Geschichte des Gesetzentwurfs, der bereits mehrfach Gegenstand der Berathung im Hause ge-

heilt: in Aden sollten vorzugsweise Photographien der Sonnenfinsterniß aufgenommen werden, in Borderindien unter Später Messungen über die Lage der am verfinsterten Sonnenrand austretenden Lichterscheinungen, sowie Spektral- und Polarisationsanalysen ihres Lichts und photometrische Messungen ausgeführt werden.

Die Photographie war 1860 bei der letzten totalen Sonnenfinsterniß in Spanien an zwei verschiedenen Orten von dem italienischen Astronomen Sechi und dem Engländer Warren de la Rue mit Glück angewendet worden. Das Spektroskop sollte zum ersten Male auf die Sonnenumhüllung bei einer Sonnenfinsterniß gerichtet werden, es sollte entschieden werden, welcher Natur die merkwürdigen Protuberanzen seien. Fragt doch noch der berühmte Astronom Arago in einer in den fünfzig Jahren geschriebenen Abhandlung über die Sonnenfinsternisse: Sind die Protuberanzen als Mondberge, als Sonnenberge, als Wolken der Sonnenatmosphäre, oder als die Wirkung einer optischen Täuschung anzusehen?

Es mußte die damit zusammenhängende Frage über die Natur der Sonnenflecke ihrer endgültigen Beantwortung näher geführt werden. Sind es trichterförmige Vertiefungen der Sonnenatmosphäre, wie Wilson meint, oder sind es schlackenförmige Schollen aus dem Sonnenmeer, wie Böllner angegeben hat, oder wolkenartige Absonderungen in der dampfförmigen Sonnenhülle, wie in letzter Zeit Kirchhoff durch seine epochenmachenden, physikalischen Beobachtungen und Schlüsse und Sporer durch genaue Sonnenbeobachtungen überprüft nachgewiesen? Von der Gunst der Witterung während weniger Minuten hing es ab, ob so viele Anstrengungen vergebens gemacht werden seien, ob so lange schwedende Fragen beantwortet werden sollten, oder der Zukunft vorbehalten bleiben.

Alle Beobachtenden hatten mehr oder minder von der Ungunst der Witterung zu leiden, für ihre Beobachtungen waren ihnen in einzelnen Fällen nur Sekunden zugezählt; daher finden wir überall nur die wichtigsten wissenschaftlichen Resultate angegeben und nur wenig über den allgemeinen Eindruck der Finsterniß.

Betrachten wir die Erscheinung selbst: Beim Beginn der

Mondfinsterniß schiebt sich der Mond an der Westseite der Sonne über ihre Scheibe, geht von West nach Ost, oder wenn wir uns der Sonne zuwenden, von rechts nach links über die selbe, bis beide Zentren sich scheinbar decken und tritt an ihrem östlichen Rand wieder aus. Bis zum Verschwinden des letzten Sonnenstrahls ist man, wenn man die Finsterniß durch ein Fernrohr beobachtet, genötigt, sich eines rothen oder grünen Blendglases zu bedienen, um das übermäßige Licht der Sonne abzuhalten. Darauf nimmt man das Glas schnell fort und sieht um den die Sonne verdeckenden Mond an dem eben bedekten Rand einen feinen, aber so hellen weißen Streifen, daß das Auge Sekunden lang nicht im Stande ist, den Glanz zu ertragen, obwohl vom Sonnenkörper nichts zu sehen ist. Dann zeigt sich um den Mond ein jägerartig, sehr unregelmäßig gezähnter, rother Lichtraum, der nach wenigen Sekunden gleichfalls vom Monde bedekt wird. Einzelne röthliche Hervorrägungen, welche aus demselben Stoffe zu bestehen scheinen, wie der rote Saum, werden mit ihm zu gleicher Zeit sichtbar, gehen aber weiter über den Mond hinaus, und bilden die sogenannten Protuberanzen. Ihre Farbe wird als rot, larmirrot, rosa, ins Violette spielend geschildert.

Weiterhin umgibt den Rand ein heller, weißer Heiligenschein, die sogenannte Corona, mit weithin nach außen verlaufenden Strahlen, in welchen Leuchtbüsche und Strahlenschüsse sich bemerklich machen. Die Strahlen derselben verlieren sich nicht allmälig, sondern zeigen sich mehr oder minder deutlich und sind nicht selten in einander krummlinig verschlungen.

(Schluß folgt.)

### Eine verhängnisvolle Nacht.

Novellette von Karl Gläbisch.

I.

Das Jahr 48 war zu Grabe getragen. Mit ihm jene berausenden Träume von Freiheit und Wohlgefühl, welche in den idealen Köpfen deutscher Männer und Jünglinge geprägt hatte. Der strahlende Weltensprung, den die Herweghsche Lerche hoch in blauen Lüften jubelnd verkündet hatte, war erloschen, noch ehe er recht zur Blüthe gekommen; ein schwüler Sommer lag

wesen sei. Die Ursache des Nichtzustandekommens des Gesetzes habe in der Meinungsverschiedenheit gelegen, welche dem Herrenhause gegenüber bezüglich der Versezung im Wege der Disziplinarstrafe geherrscht. Die Kommission beantragt jetzt, dem Entwurf in der aus dem Herrenhause herübergelommenen Form zuzustimmen mit einigen redaktionellen Änderungen und der Modifikation, daß im § 1 eingeschaltet werde: „Auf Fällen der Verleugnung im Wege der Disziplinarstrafe findet diese Vorschrift keine Anwendung, vielmehr bleiben in dieser Beziehung die bestehenden Vorschriften in Kraft.“ Er empfiehlt die Annahme dieses Antrages, dem auch die Regierung ihre Zustimmung zugesichert habe.

Justizminister Dr. Leonhardt: Die f. Staatsregierung hat sich event. einverstanden erklärt mit den Amendements, nicht, weil sie die Überzeugung hätte von ihrer legislativen Richtigkeit, vielmehr lediglich aus dem äußeren Grunde, weil die Regierungsvorlage sonst keine Aussicht hat, die Majorität dieses Hauses zu gewinnen. Der Regierung ist es erwünscht, daß diese Vorlage zum Gesetz erhoben werde, dafür spricht der allgemeine Grund, daß es geboten erscheint, das Prinzip der Staatsseinheit auch in der Justizverwaltung durchzuführen. Daneben spricht dafür der besondere Grund, daß zur Zeit die Anstellungsfähigkeit in den alten Provinzen genügt, um auch angesetzt zu werden in den neuen Provinzen, daß das umgekehrte Verhältnis aber nicht Platz greift. Durch diese Lage der Verhältnisse wird Niemand gedrückt in den neuen Provinzen. Es wird diese Verschiedenheit nicht praktisch empfunden; aber sie ist immer sehr geeignet, einen Angriffspunkt abzugeben. Die Amendements haben für die f. Regierung jedenfalls nur eine sehr untergeordnete praktische Bedeutung; sie geht streng von dem Grundsatz aus, die Mitglieder der Gerichte erster Instanz — und diese kommen vorzugsweise in Betracht — immer nur innerhalb des Departements zu versetzen. Diese Beschränkung hat die Regierung sich aufgerichtet seit einem Jahre schon mit Rücksicht auf die Staatsverhältnisse. Dagegen kann ich nun und nimmermehr anerkennen, daß die Amendements irgendwie prinzipiell zu gefährlichen sind. Der Anstellungsfähigkeit muß auch das Versezungsgesetz entsprechen. Es besteht jetzt der Zustand, daß, wer das rheinische Examen gemacht hat, nur versetzt werden kann in der Rheinprovinz, und, wer nur das altländische Examen gemacht hat, nur versetzt werden kann in den alten Provinzen. Wenn dagegen ein junger Mann sich auszeichnet, indem er beide Prüfungen besteht, so kann er nur versetzt werden aus dem Rheinlande in die alten Provinzen recht weit weg; so wird dann dem jungen Mann eine Wohltat im Sinne des Amendements zur Plage.

Abg. Reichenberger bittet das Gesetz zu verwerfen, da dasselbe geeignet sei, eine gefährliche Rechtsplege zu gefährden. Die Prüfung für die Qualifikation eines Richters werde nicht in abstracto vorgenommen, sondern beziehe sich nur speziell auf das Gebiet, in welchem der Betreffende seine richterliche Wirksamkeit auszuüben habe. Eine Versezung von Richtern aus einem Rechtsgebiet in ein anderes, wesentlich davon verschiedenes, müsse Verwirrung hervorrufen und sei überdies überflüssig, da jedes der drei Gebiete einen Überschlag an qualifizierten Richtern aufzuweisen habe.

Endlich sei der Entwurf geeignet, die politischen Zwecke des preußischen Staates, die Konsolidation des Staatswesens zu gefährden.

Justizminister Dr. Leonhardt: Es versteht sich ganz von selbst, daß vom dem Gesetz ein sehr ausgiebiger Gebrauch nicht gemacht werden wird. Der Justizminister wird bei Versezungen stets mit großer Vorsicht verfahren müssen; das liegt in der Natur der Sache; er kann nicht gewöhnliche Justizbeamte von dem einen Landestheil in den andern versetzen, sondern er wird zu diesem Zweck auf Männer sehen müssen, welche eine höhere Bildung haben. Nun weiß ich aber nicht, wenn nach solchen Grundsätzen verfahren wird, wie man da sagen kann: der Justizminister befolgt das Prinzip der Staatsseinheit in der Justizverwaltung nicht; es kommt ja immer nur darauf an, daß der Grundzweck ausgeschlossen wird. In welchem Umfang von ihm Gebrauch gemacht wird, richtet sich nach den Verhältnissen und nach der Zeit. Im Laufe der Zeit wird eine solche Versezung in viel größerem Umfang sich rechtfertigen, wenn eben die juristische Ausbildung eine allgemeine sein wird, wie dies vielleicht in diesem Augenblick der Fall ist, wo die verschiedenen Landestheile in ihrer Rechtsentwicklung geschieden dastehen.

Abg. Waldeck (für das Gesetz): Schon im vorigen Jahre habe ich ausführlich auf die Einwürfe des Abg. Reichenberger geantwortet; da ich überzeugt bin, daß er mit seiner Ansicht die Majorität nicht finden wird, will ich die Erörterungen nicht wiederholen. Der Standpunkt des Abg. Reichenberger ist ein sehr eindrucksvoller, indem er meint, daß kein anderer Jurist sich in das rheinische Gerichtsverfahren hineinfinden könne. Und doch lehrt die Erfahrung, daß schon Viele sich haben hineinfinden müssen, und daß im Publikum durchaus keine Klagen laut geworden sind. Es sind in der Rheinprovinz eine ganze Anzahl von Präsidenten und Appellationsgerichtsräthen angestellt, die noch nach altem Verfahren gebildet sind, wie z. B. in Koblenz und Düsseldorf, und doch entsprechen sie ihren Funktionen vollkommen. Ich will zugeben, daß ein Jurist, der in dem französischen Verfahren geschult ist, manches besser wissen wird, wie jene; aber der Abg. Reichenberger wird doch auch zugeben müssen, daß im Grunde alles Bivalenzverfahren eine gemeinsame Basis hat, und daß ein Jurist, der dies auf der Universität wissenschaftlich kennen gelernt hat, sich sehr leicht hineinfinden wird. — Ich erinnere mich noch aus meiner eigenen Studienzeit, daß Hugo in seiner Encyclopädie ausführt, daß das Bivilrecht in materieller Beziehung auf durchaus einheitlicher Grundlage beruht. Wenn man sich nun in das materielle Recht hineinfinden muß, so wird es doch noch leichter sein, für einen wissenschaftlich gebildeten Juristen, sich in das formelle Recht zu finden. Wie soll es denn werden, wenn wir in zwei Jahren ein neues gemeinschaftliches Prozeßverfahren haben? Dann müssen sich die Richter ja auch hineinarbeiten. Wenn wir jetzt fort und fort für

sich wieder über Deutschland und die besseren, tragen Gemüther hielten wieder ihre schlastrunkene Siesta.

Hier und da freilich zuckte aus der erstarrten Lava noch einmal eine Flamme auf, die neue Gefahr drohte; die Revolution hatte in schwer zu beruhigenden Köpfen einen Bodensatz hinterlassen, der immer noch Blasen trieb. Das gab denn noch immer viel Aufräumens hinterher! —

Damals studierte ich auf der Universität B. . . . Die große Residenz war der wildeste Zummelplatz der Leidenschaften gewesen; was Wunder? daß sie hier in der Stille am längsten fortrollten. Wir Studenten hatten es gar toll getrieben. Junge Köpfe werden einmal von großen Zeittideen am heftigsten durchzuckt und die Göttin der Freiheit hat meist nur jugendliche Priester an ihren Altären. — Als die Revolution zu Ende, waren wir die Letzten, welche ihre Hemdkragen verzagt wieder einschlügen und die stattlichen Vollbärte dem Rasirmesser zum Opfer brachten. Ein Häuslein Getreuer, zu dem auch ich zählte, hielt standhaft zusammen und konzentrierte sich zu einem Geheimbunde, der, weil die Zeit der Thaten vorbei war, sich in Jammer- und Fluchreden weidlich Luft mache.

Heute läch' ich über die hirnverbrannten Pläne, welche in unseren Donnerstagsitzungen aus einzelnen Gewitterköpfen aufdampften, — damals jauchzte ich ihnen Beifall. Ja! man wird eben alt und verständig — und auch prosaisch! Es ist aber etwas Schönes um die Poesie, welche mit dem Universum spielt und die Welt mit dem Purpur einer ewigen Morgenröthe umkleidet!

Und wenn man in solch poetischen Tagen nach gar einen Freund hat, mit dem man in Kompagnie schwärmen kann, dessen gleich gestimmte Seele der Ablagerungsort ist für alle die zentralen schweren Empfindungen, die auf uns lasten, — Welch' ein göttliches Bewußtsein! — Solch' einen Freund hatte ich in Theodor G. . . . einem Genossen meiner bislang juridischen, jetzt philantropischen Studien, gefunden. Er und ich — wir waren die begeistertsten, enragirtesten Wortsührer unseres Bundes; wir wechselten uns wochenweis auf dem Präsidentenstuhle ab, — aber der Stuhl hielt gleichmäßige Farbe, — ein so ge-

die Beibehaltung der partikularistischen Formen eintreten, werden wir nie zu einer Einheit in unserem Rechtswesen kommen. Auf das Amendum der Kommission in Bezug auf das Prinzip der Disziplinarversezung will ich nicht weiter eingehen. Ich freue mich aber außerordentlich, daß die Staatsregierung erklärt hat, es anzunehmen zu können. Ich will ihr das Recht nicht bestreiten, daß sie trotzdem bei ihrer Ansicht stehen bleibt; wir aber wollen auch bei unserer Ansicht stehen bleiben, die dahin geht, daß die Strafversezung im Disziplinarwege keine wünschenswerthe Strafe ist. Daß die Staatsregierung wenigstens formell zustimmt, ist ein enormes Ereignis, und ich habe nicht die Absicht, die Übereinstimmung wieder zu trüben durch Wiederholung meiner vorjährigen Erörterungen über diese Frage.

Abg. Baehr (Kassel) glaubt, daß das Gesetz allerdings nicht besonders im Interesse der annexirten Länder liege. Es können jedenfalls nur dann ohne wesentliche Nachtheile bleiben, wenn, wie der Justizminister versprochen hat, nur ein vorsichtiger und mäßiger Gebrauch davon gemacht wird.

Abg. Windhorst (Meppen): Das Gesetz wäre wohl ganz gut, wenn unsere Richter durchweg Hugo's und Waldeck's wären. Im Allgemeinen kann aber doch ohne Nachteil eine Versezung der Richter nur da stattfinden, wo die Basis des gleichen Rechtes vorhanden ist. Ich bin deshalb ganz mit dem Abg. Reichenberger einverstanden, und der Herr Justizminister hat ja unsere Bedenken als gerechtfertigt anerkannt dadurch, daß er erklärte, es sei ein vorsichtiger Gebrauch davon nötig, und er werde ihn eintreten lassen. Ich zweifle nicht daran, daß dies geschehen wird; aber man macht doch Gesetze nicht, um sie nicht strikt zu befolgen. Man soll die Garantien suchen im Gesetz, nicht in der Ausführung. Weiter will ich darauf nicht eingehen, weil ja doch die Majorität schon entschieden ist. Ich fürchte jedoch, daß gewisse Konfusionen des Rechtes und der Köpfe eintreten werden. Die Generaldiskussion wird geschlossen.

In der Spezialdiskussion befürwortet Referent Abg. Lasker den von der Kommission vorgeschlagenen Entwurf, betreffend die Disziplinarstrafversezung umso mehr, als ja die Regierung damit einverstanden sei. Das Amendum der Kommission wird mit großer Majorität angenommen; dafür auch die Utilitaren und ein Theil der Freikonservativen.

In § 2 beantragt Abg. Kratz die Worte einzuschließen „oder als Notar“ und Abg. Zwesten das Wort „als“ vor „Beamter der Staatsanwaltschaft“ zu streichen.

Ref. Abg. Lasker empfiehlt die Ablehnung des Amendum Kratz, da bezüglich der Notare nicht dieselben Bestimmungen über die Qualifikation gelten, wie bezüglich der Richter.

Abg. Kratz: Nach dem Prüfungsgesetz sollen die Notare auch da, wo das Notariat von der Rechtsanwaltschaft getrennt ist, die nämliche juristische Ausbildung haben, wie die Richter und Rechtsanwälte. Es erfordert daher die Konsequenz, daß ihnen auch die nämlichen Rechte wie diesen zugestanden werden.

Abg. Zwesten: Wenn die Notare auch dieselbe formelle Qualifikation besitzen müssen, wie die Richter, so könnte ich mich niemals damit einverstanden erklären, daß ein Notar, ohne irgendwie als Richter beschäftigt gewesen zu sein, unmittelbar zum Appellationsgerichtsrath ernannt werde. Ich bitte deshalb, das Amendum Kratz abzulehnen, dagegen das meiste anzunehmen, welches nur den Zweck hat, in klarerer Weise auszusprechen, daß auch die Beamten der Staatsanwaltschaft ebenso wie die Richter 4 Jahre etatsmäßig angestellt sein müssen, um als Mitglied eines Appellationsgerichts beschäftigt zu werden.

Der Justizminister akzeptiert das Amendum Zwesten. Ebenso erklärt sich der Referent Namens der Kommission mit demselben einverstanden.

Der § 2 wird hierauf nach Ablehnung des Amendum Kratz mit dem Amendum Zwesten angenommen.

Zu § 3 beantragt Abg. Windhorst (Meppen) hinter den Worte „Ober-Prokurator“ einzuschalten „oder 8 Jahre als Rechtsanwalt“ (Advokat, Anwalt). Der Antragsteller motiviert sein Amendum durch Hinweis auf die hohe Bedeutung, welche die, wenn auch nur theoretische Gleichstellung der richterlichen Beamten mit den Advokaten für die Stellung der Advokatur habe und die namentlich ins Gewicht falle. Angefangen der Thatfrage, daß die Frage wegen Einführung freier Advokatur in nächster Zeit ihrer Lösung entgegengeführt werden müsse. Der § 3 ohne das Amendum statuirte eine Ausnahme, welche ihre einzige Stütze in der Ansicht haben könnte, daß ein Rechtsanwalt nicht ein guter Obertribunalrat sein könne. Wie man diese Ansicht unter dem Präsidium des verehrten Präsidenten des Hauses aufrecht erhalten könnte, sei unbegreiflich.

Regierungs-Kommissar Falk gegen das Amendum, da dasselbe in das vorliegende Gesetz nicht hineingehört; er bitte deshalb, dasselbe abzulehnen, namentlich, da nach der Organisation der neuen Prozeßgezegung eine Regelung dieser Verhältnisse unausbleiblich sei. Auch materiell könne die Regierung dem Amendum nicht zustimmen, da eine direkte Versezung eines Staatsanwalts in das Obertribunal immerhin bedenklich erscheine.

Abg. Miquel: Die Gründe des Herrn Kommissars sind nicht zutreffend; wenn er behauptet, das Amendum könne aus formellen Gründen in das vorliegende Gesetz nicht aufgenommen werden, so glaube ich doch, daß wir die gegenwärtige günstige Gelegenheit beim Schopfe ergreifen müssen, um einen als richtig anerkannten Grundzweck auszusprechen. Gerade die Advokatur ist eine der besten Vorschulen für die Unabhängigkeit der Obertribunalräthe, viel besser jedenfalls, als die mehr bureaucratische Laufbahn des jungen Richters; ich empfehle deshalb die Annahme des Amendements, das dem Justizminister durchaus keinen Zwang auferlegt, sondern ihm nur die Möglichkeit der Berufung von Rechtsanwälten eröffnet.

Justizminister Dr. Leonhardt: An und für sich kann der Antrag des Abg. Windhorst der f. Regierung ja durchaus genehm sein. Es erlangt durch die beantragte Bestimmung Niemand das Recht angestellt zu werden

als Mitglied des obersten Gerichtshofes; sondern es sieht Alles im Ernst, den Antrag abzulehnen, weil ich wünsche, daß das Gesetz zu Stande kommt. Es hat meiner Überzeugung nach nur einen provisorischen Charakter. Die Verhältnisse werden neu geregelt werden bei der neuen Organisation der Gerichtsverfassung, mag diese nun für den preußischen Staat erfolgen oder für den Norddeutschen Bund. Gest ist der Grundgedanke des Gesetzes entworf: der: Man will einstweilen an den Erfordernissen, die jetzt für die Anstellungsfähigkeit bestehen, nichts ändern und den bestehenden Zustand nur übertragen auf die neuen Provinzen. Das ist etwas Beschränkendes und diese Beschränkung für die Zwischenzeit gewiß gerechtfertigt. Man muß die eigentlichen Erfordernisse neu feststellen, dann würde die Sache große Schwierigkeiten haben und dann müßte man meiner Überzeugung nach viel weiter gehen. Die Regierung würde durch eine weitere Streitfrage die Erfordernisse für die Anstellungsfähigkeit durchaus nicht genügt haben, sie befände vielmehr eine immer größere Macht und diese Machtstellung scheint mir eine recht politische zu sein.

Abg. Waldeck gegen das Amendum; es sei eine Zurücksetzung des etatsmäßigen Richter gegen die Rechtsanwälte, wenn den letzteren die Möglichkeit gegeben würde, direkt in das Obertribunal einzutreten, während die etatsmäßigen Richter ihren Kursus durch die Gerichte zweiter Instanz zu nehmen genehmt wären.

Abg. Zwesten: Es sei ein burokratisches Vorurtheil, zu verlangen, daß Demand, der 8 Jahre lang als Rechtsanwalt fungirt, noch die Zwischenstufe des Appellationsgerichts durchmachen solle, um in das Obertribunal zu gelangen. Die Befürchtung, daß durch das Amendum das Gesetz gefährdet werden könnte, theorie er nicht, wenigstens habe man bis jetzt keinen Grund zu dieser Annahme. Ein Mitglied, wie es von der Regierung gegen die genügende Qualifikation der zu berufenden Rechtsanwälte ausgesprochen worden, habe nicht die geringste Berechtigung, da das Ministerium empfiehlt deshalb die Annahme des Amendements.

Abg. Windhorst (Meppen) hält seinen Antrag durchaus aufrecht. Das Justizminister habe sachlich gar keine Gründe dagegen vorgebracht. Das der Abg. Waldeck unfreie alten burokratischen Einrichtungen so sehr vertheidigt, wundert ihn. Wenn wir auf diesen burokratischen Einrichtungen beauftragt wären, müßten wir auf eine vernünftige Organisation unseres Justizwesens ganz verzichten. Eine neue Organisation sei absolut unmöglich, wenn man nicht auf das Gebiet der freien Advokatur ganz übergehen wolle. Das hat Abg. Gneist in einer Schrift luce clarius nachgewiesen. Wenn sich deshalb eine Gelegenheit darbietet, der freien Advokatur auch nur einen Schritt näher zu kommen, dürfe man sich der Sache nicht verschließen. Wird das Amendum abgelehnt, so ist dies eine Verlegung der Aussichten, die nach dem Gesetz den hannoverschen Advokaten zufallen. Eine Gefahr ist gar nicht vorhanden, da ja der Justizminister die Sache in der Hand behält; es ist von der Stellung der Advokaten in jedem Lande hängt das Urteil ab, ob das Land frei ist oder nicht.

Referent Abg. Lasker erklärt, daß er persönlich für das Amendum sei; in seiner Stellung als Referent sich aber nicht für dessen befürwortet, um die Schlüsse der Diskussion Gründe für das Amendum vorzubringen, welche die Kommission nicht akzeptirt hat. — Für das Amendum Windhorst stimmt die Fortschrittspartei, die Nationalliberalen und das linke Zentrum mit wenigen Ausnahmen (dagegen u. a. Waldeck, v. Kirchmann, v. Bock, verbed., Lachwitz, Dr. Karsten, Dr. Bähr (Kassel)). — Dasselbe wird jedoch mit 164 zu 149 Stimmen abgelehnt, § 3 unverändert angenommen. § 4 wird ohne Debatte angenommen.

Zu § 5, welcher bestimmt, daß, wer mindestens 4 Jahre die Stelle eines ordentlichen Professors der juristischen Fakultät bei einer inländischen Universität bekleidet hat, ohne Ablösung der vorgeschriebenen Examina zum Mitgliede eines jeden Gerichts ernannt werden kann, hat Abg. Windhorst (Meppen) das Amendum gestellt, statt: „einer inländischen Universität“. — Er befürwortet dasselbe, unterstellt, er ausführt, daß doch gewiß nichtpreußische Professoren, wie Vangerow und Gerber, dieselbe Befähigung zur Bekleidung solcher Stellen bestehen, und preußische.

Justizminister Dr. Leonhardt: Meine Herren, ich stehe zu diesem Amendum wesentlich ebenso wie zu dem früheren. Es könnte dem preußischen Justizminister schon recht sein, wenn er deutsche Professoren zu Mitgliedern des obersten Gerichtshofes der Monarchie ernennen könnte; aber es ist doch sehr nahe liegend, daß dies darüber vor allen Dingen unpraktisch sein würde. Ich möchte mir die Frage erlauben, was das Obertribunal tun würde, wenn man in dasselben einen Professor hineinzubefordern versucht, der nicht bei einer inländischen Universität angestellt ist. Das Obertribunal und der preußische Juristenstand überhaupt würden sagen und mit Recht, daß dagegen wohl genügende Gründe nicht vorlägen. Nun aber meine Herren, wenn ich den Gedankengang des Herrn Abg. Windhorst verfolge, dann muss ich sagen: er ist ganz unkonsequent. Wenn ich einmal die Grenzen des preußischen Staates überschreite, warum soll ich dann nicht mit demselben Rechte verfügen? Warum soll ich dann nicht mit demselben Rechte verfügen, können sonstige hervorragende Mitglieder des Richterstandes in den übrigen deutschen Staaten. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr Abgeordnete Windhorst hat sich durch den Wortausdruck und die Paragraphenfolge verleiten lassen. § 5 spricht natürlich nur von „Professoren“, denn die übrigen Justizbeamten des Landes werden begrenzt in den früheren Paragraphen; demgemäß würden neben den sonstigen deutschen Professoren immer übrig bleiben, sonstige hervorragende deutsche Juristen. Man würde also, wenn man den Gedankengang des Abg. Windhorst

mehr nicht ganz hinter sich, als er eines Tages vor mich trat, lachend seine Taschen ausbeutete, und den letzten Groschen der herausfiel, mit der emphatischen Deklamation vom Boden aufhob: „Das ist Faustens ganze Habe!“ —

„Hast Du noch Pekuniā, Bruder?“ fuhr er dann mit Galgenhumor fort, „leih' mir was! Mein Magen ist ausgehöhlt wie mein Beutel, ich muß ihn zur Tränke führen!“ —

Ich hatte auch gerade über keinen preußischen Staatsfach zu verfügen, aber bei einiger Einschränkung konnte es ihm gehen, — und es ging; von dem Tage an wohnte Freund Eduard bei mir, — und Dreist und Pylades können's nicht besser mit einander gemeint haben, als wir Beide. So verwuchsen wir ineinander, so ein Herz und eine Seele waren wir zwie, daß ich nicht einmal eifersüchtig wurde, als mir Theodor schon gleich nach seinem Einzuge in meine Klausur das Herz der hübschen Zugmacherin gegenüber, das ich mir mit Mühe gekämpft hatte, vor'm Munde wegknippte.

Morgen für Morgen, wenn ich die verträumten Augen aufschlug, sah ich ihn in seinem malerisch defekten Schlafröck, mit der langen Peife im Munde, das braune Lockenhaar noch voll Federn, mit der einen Hand seinen üppigen Vollbart durchwühlend, mit der anderen an die Scheiben trommelnd, schon am Fenster stehen und verliebte Blicke hinüberfeuern.

„Du, Junge!“ rief er dann wohl entzückt, bei meinem Gesicht sich umwendend, „sie grüßt herüber! — 'n Morgen! 'n Morgen! Schon so fleißig? — Ist doch ein famoser Bursch!“

„Warum denn?“ lachte ich, „hast Du Geld, Dir ein Bett zu nehmen, dessen ganzes Vermögen auch nicht mehr als ein Nadelbüschchen?“

„Ja, verflucht!“ rief er, „daß auch Moses und die Propheten nicht bei uns einkehren!“

(Fortsetzung folgt.)



mandieren, und sich die Rückmeldung über richtige Behandlung derselben an den Adressaten nach irgend einem beliebigen Orte ausbedingen, sofern er die nötigen Angaben dazu liefert. Eine rekommandirte Depesche kostet das Doppelte einer gewöhnlichen. Es kann ferner die Angabe der Zeit verlangt werden, zu welcher der Adressat die Depesche erhalten hat, und ist dafür die Tage der Aufgabe-Depesche und die Tage für den Weg von der Adressstation bis an den Ort, wohin die Empfangsanzeige zu richten ist, zu zahlen. Telegramme können auf Erfordern nachgesandt werden, und ist die Gebühr für das Nachsenden vom Adressaten zu erheben. Ferner können Depeschen an mehrere Adressaten in demselben Orte, sowie auch an einen Adressaten in verschiedenen Wohnungen an einem Orte angenommen werden. Für die zweite und folgende Ausferitung hat der Aufgeber im internen (Norddeutschen) Verkehr je  $2\frac{1}{2}$  Silbergroschen, im Vereinsverkehr je 4 Silbergroschen zu entrichten. Antworten können frankirt und nach irgend einem beliebigen Ort mit Angabe der Postzahl verlangt werden, wofür die Gebühr nach dem Tarifzettel der Aufgabestation berechnet wird, jedoch darf der Beitrag dafür das dreifache der Kosten für die Ursprungsdipesche nicht übersteigen. Die Adressstation zahlt dem Adressaten die Rückantwortsgebühr in Depeschenmarken aus, und bleibt dem Empfänger anheim gestellt, die Antwort abzusenden, wann, an wen und wohin er will, dieselbe wird alsdann wie jede andere Depesche angegeben und behandelt. Ist die Aufgabedepesche unbefestigbar, so vertritt eine amtliche Notiz die Stelle der Antwort. Für Depeschen — rekommandiert oder nicht — welche von der Adressstation per Post an den Adreßort befördert werden, hat der Aufgeber den vollen Postbetrag außer den Telegraphierungsgebühren zu entrichten und zwar beträgt derselbe  $5\frac{1}{2}$  Sgr. (1 Sgr. Porto, 2 Sgr. Rekommandations- und  $2\frac{1}{2}$  Sgr. Expressgebühr), wofür die Depesche dem Adressaten als rekommandirter Expressbrief frankirt zugestellt wird. Nicht rekommandierte Depeschen aus und nach Frankreich werden, wie gewöhnliche Briefe auf der Adressstation unfrankirt zur Post gegeben. Für Telegramme, welche im internen Verkehr „Bahnhof restante“ oder „poste restante“ adressirt sind, hat der Aufgeber außer der tarifmäßigen Taxe noch 3 Sgr. zu entrichten.

### Bemerktes.

\* In Bezug auf die neue Heizungsmethode der Waggons, welche bei den zwischen Berlin und Oderberg kursirenden Zügen probeweise in Anwendung gebracht werden, hört man, daß die aus Guttapercha bestehenden Röhren, welche den heißen Dampf nach den einzelnen Kupes leiten, sich bei der Zeit herrschenden starken Kälte nicht als austreichend widerstandsfähig bewiesen haben, vielmehr einfrieren, so daß der Zweck der Erfindung verloren geht. Dagegen bewahrt sich gerade jetzt eine bereits auf einigen Bahnen bestehende Einrichtung zur Erwärmung der Kupes durch sogenannte Füllösen als höchst praktisch. Es sind dies luftdicht schließende zylindrische Röhre aus starkem Eisen, in der Regel mit Messing-Ueberzug, welche außerhalb des Wagens von der Decke aus mit Holzkohlen gefüllt werden, und eine gleichmäßige angenehme Temperatur im Innern des ganzen Wagenraumes herbeiführen. Ein kleiner Schornstein, sowie eine Aschfallthür vermittelten den nötigen Zug.

Meseritz, den 19. Januar 1869.

### Chausseegeld-Bepachtung.

Bei Bepachtung der Chausseegeldebstelle Groß-Dammer auf der Meseritz-Bentschen Provinzial-Chaussee vom 1. Mai d. J. ab, auf 1 bezichtigungsweise 3 Jahre, steht ein Licitationstermin auf.

Sonnabend d. 13. Februar d. J.,

Vormittags 11 Uhr, im kgl. Landrats-

Amts hier selbst

an, zu welchem Pachtunternehmer eingeladen werden.

An Bietungsklausur sind 100 Thlr. bei der

hiesigen königlichen Kreiskasse zu deponiren.

Königlicher Landrat.

### Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen, den 18. Januar 1869. Vormittags 12 Uhr.

Über das Vermögen des Kaufmanns Kazimir Hebanowski, in Firma K. Hebanowski zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 16. Dezember 1868 festgelegt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann E. J. Kleinow zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 30. Januar d. J.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Besetzung eines andern einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird ausgegeben, nichts an denselben zu verabsolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

6. Februar c. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Dienstleistungen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

8. Februar c. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Besinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals

auf den 20. Februar c.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns bezeichneten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden der Justizrat Giersch und die Rechtsanwälte Mügel, Döckhorn und Mehring zu Sachwaltern vorgeschlagen.

\* **Goslin**, 24. Januar. Gestern Nacht brannte, wie bereits kurz erwähnt, das hiesige königl. Seminar, ein bedeutendes, massives Gebäude, bis auf den Grund niederr. Bewohnt war dasselbe von dem Direktor und zwei Lehrern mit ihren Familien und 51 Seminaristen. Bei der großen Schnelligkeit, mit welcher das Feuer um sich griff, haben diese 51 Seminaristen nichts als das nackte Leben gerettet und gewährte es einen schmerzlichen Anblick, diese ohnegem armes Leute, welche sich dem so wenig glänzenden Elementarlehrerberufe widmen wollen, halb bekleidet bei zwölf Grad Kälte am Feuer herumirren zu sehen. Gleichfalls hat das Dienstpersonal des Hauses seine gesammte Habe verloren.

\* Verschiedene Blätter melden, daß dem Kurfürsten von Hessen auch letzte Weihnachten ein Geschenk aus Kurhessen zugegangen ist, nämlich — ein Thronessel! Die „Kreuzigt.“ sagt: „zum häuslichen Bedarf in Prag.“ Die Kurfürstlich-demokratische „Hess. Volkszt.“ entnimmt der Prager „Bohemia“ vom 15. Januar eine Beschreibung dieses Stuhles in folgenden Worten: Der Thronessel, ein wahres Meisterstück der Holzschnitzkunst, ist durchweg Steinische, von dem Baume, von welchem Th. Körner singt: „Schönes Bild von alter deutscher Treue, wie sie bessere Zeiten angeschaut“, und aus dem graubraunen Schnitzmaterial hebt sich die in rotem Sammet prangende Goldsticke prachtvoll ab. Er ist bis zur Spize der Lehne 2 Meter hoch und 86 Centimeter breit. Die Füße bilden naturnahre Löwentatzen, während die Lehnen mit auf Sammet in Gold geschnitten Epheu ranken in zwei Löwenköpfen auslaufen. Den Sitz selbst zierte eine mit Epheu umrankte goldene Arabeste, und auf dem Polster der Rücklehne glänzen über einer ebenso wohl mit Epheu umgebenen Arabeste die Buchstaben F. W. I. K. v. H. (Friedrich Wilhelm I., Kurfürst von Hessen), welche umgeben sind von einem Kranz von Eichenlaub, den ein weißes Band zusammenhält, auf welchem letzter die Inschrift des Kurfürstlichen Löwenadens prangt: „virtute et fidelitate“. Der Kranz trägt eine goldene Krone, in deren Reif drei Rubinen, zwei Smaragden und zwei Türkisen eingelassen sind, deren Zahl die früheren sieben Leidensjahre Hessens unter der Fremdherrschaft, deren Farben aber Liebe, Hoffnung und Treue bedeuten. Aus dem Rahmen der Rücklehne blicken zwei deutsche Männerköpfe in der Tracht des 16. Jahrhunderts, ganz erhoben ausgeschmückt, und auf den beiden oberen Rändern sitzen frei zwei Engel, welche eine ebenso frei geschnittenen Rosengurklande halten, darüber hin sich das kurhessische Wappen erhebt, von den Schildhaltern des hessischen Kurfürstengeschlechts, zwei getrocknete Löwen, gehalten. Gerade dieser Theil ist besonders kunstvoll gearbeitet und eben so wohl gelungen als von mächtiger Wirkung. Auf der Rückwand endlich, welche in dem eichenen Rahmen den Namen des vorzüglichsten Künstlers verewigt, Franz Schneider, Bildhauer, sec. Leipzig 1868\*, befindet sich sodann noch eine reiche Stickerei, getragen von zwei geschnittenen Ritterköpfen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

### Angelommene Freunde

vom 27. Januar.

**CEHMIG'S HOTEL DE FRANCE.** Parfütmier v. Goslinowski aus Dąbrowka,

die Gutsbesitzer v. Cegielski und Frau aus Wodel, v. Dobryszki aus Baborowo, v. Chlapowski aus Sosnice, v. Chlapowski aus Polen, v. Brodowski aus Psary, Lehrer Wyczynski aus Baborowo, die Geistlichen Krieger aus Sienianow, Preibisch aus Glogowko, Meißner aus Rawicz, Kaufmann Wenzel aus Sarne.

**HERWIG'S HOTEL DE ROME.** Die Rittergutsbesitzer Graf Taczanowski aus Szyplowo, v. d. Recke aus Hannover, v. Grabowski aus Polen, Busse aus Chodziezien, Materne aus Chwalcowo, Wirth aus Optenno, die Kaufleute Melcher aus Berlin, Bauer aus Lennep, Horst aus Berlin, Uelzen aus Gera, Schulz aus Berlin, Schäfer aus Bredlau, Ronde aus Magdeburg, Bernbach aus Schneeburg, Dorniger aus Berlin, Pegel aus Leipzig, Michels aus Krefeld, Rentier Hoppe aus Kopenhagen, Baumeister Weinber aus Neutomysl, Fabrikbestiger Gilgner aus Sorau, Ingenieur Korn aus Berlin.

**KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF.** Die Kaufleute Bläß aus Breslau, Bellach aus Büt, Goldschmidt aus Sandberg, Ephraim aus Grätz, Gajerowski und Lipinski aus Gollancz, Stargard aus Schweden a. B. Pittauer aus Polajewo, Plaster aus Grätz, Graustädter aus Borek, Vikar Kuzner und Fraul. Kuzner aus Ostrowo, Kaufmann Zwirn aus Rogasen.

**EICHERNER BORN.** Kaufmann Korytowski aus Borek, Handelsm. Brandt aus Rusland.

**BERNSTEIN'S HOTEL.** Betriebsinspektor Wolff aus Gogolin, die Kaufleute Gottheimer, Grothmann, Kohn, Dzinger und Alendorf a. Breslau.

**SCHWARZER ADLER.** Rittergutsbesitzer v. Raczkowski und Frau aus Strzelcuszewo, die Gutsbes. v. Bogdanski und v. Cekowski aus Bojciechow, v. Raczyński aus Politzynich.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Kaufleute Bauer und Kinnitz aus Berlin, Nektor Banke aus Chodziezien, die Sanger Céude, Pégot, Clouard, Pécondom, Caraffa, Fourcade und Plançon aus Frankreich.

**HOTEL DE PARIS.** Gutsverwalter Jabłkowskii und Frau aus Szczecin.

**HOTEL DE BERLIN.** Landrat v. Suchodolski aus Wongrowitz, Lehmann aus Breslau, die Kaufleute Wiese aus Leipzig, Michael aus Czerwieniec, Hirschberg aus Breslau, Fabrikant Wenzel aus Kalisz.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN.** Die Rittergutsbesitzer Matthes aus Lissom, Jacobi aus Trzyjantki, Nouvel aus Bierzeja, Marini aus Lissom, Dr. Goldschmidt und die Kaufleute Friedländer, Brandt, Müller, Guirmard, Mertens, Siege und Löwenstein aus Berlin, Krippen aus Plauen, Krüger aus Königsberg i. Pr., Köpfl aus Magdeburg, v. Berlo aus Norden, Kieß aus Merseburg, v. Husch aus Mainzheim, Lillenfeld aus Offenbach, Voß aus Stettin, Taylor aus Paris, Sellert aus Erfurt, Sanner aus Krefeld, Taubert aus Breslau, Buschmann aus Geldern und Siebertz aus Köln.

**SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG.** Die Kaufleute Lüttberg aus Sohrau, Wollstein, Kurzweg und Sohn und Rosenberg aus Grätz, Spiro, Birker und Frau Samter aus Büt, Landwirth Blank aus Bialezyce.

**Epileptische Krämpfe** (Fall-sucht) heißt der Specialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Mittelstrasse Nr. 6. — Auswärtig brieflich. — Schon über Hundert geheilt.

### Landwirtschaftliches.

Hierdurch erbietet sich der Unterzeichneter, die Herren Landwirthen die neuesten landwirtschaftlichen Einrichtungen aller Art, als: Anlegung von Sauergruben, resp. Berechnung von Futterrationen für Rindvieh — Einführung von Drillen, Behaft- und Ebens-Kultur, resp. Carre, Abstecken, — Anlage von weckmäßigen Dungstätten u. d. — gegen ein mögliches Honorar praktisch auszuführen.

Die zu meinen Einrichtungen erforderlich gewissen Untersuchungen besorge ich ebenfalls. Eine 20 Jahre lange Praxis, welche ich auf größeren Gütern Schlesiens und Westpreußens erworben habe, dürfte für die Realität meines Anerbietens bürgen.

Breslau, Berlinerstraße 28.

**Otto Schoenfeld**, praktischer Landwirt und Redakteur des Fortschritts.

P. S. Die in obiger Offerte angedeuteten Zielen erörtere ich von Zeit zu Zeit in der von mir redigirten:

**Neuen Landwirtschaftlichen Dorfzeitung:** „Der Fortschritt“ in ausführlicher Weise, worauf ich hiermit hinzudeuten mir erlaube.

D. O.

### Vorbereitung für die Militär-Egramina.

Billigste Pension. Eintritt täglich.

**Dr. Sehring.** Berlin. Prinzenstr. 95.

Eltern (mosaischen Glaubens), welche ihre Knaben zu Ostern d. J. die hiesige höhere Bürger-Schule, oder das wegen seines Leistungen berühmte Gymnasium wollen besuchen lassen, finden beim Unterzeichneter unter günstigen Bedingungen liebreiche Aufnahme.

Anmeldungen sieht baldigst entgegen

**Istidor Feibel**, Kantor und Religionslehrer in Züllichau.

N.B. Auch werden die Herren Kaufleute Wolff und David Ottinger in Zwickau die Güte haben, über meine Pensionsanstalt genaue Auskunft zu ertheilen.

Vom 28. Januar bin ich täglich früh von 10 Uhr „für Fußleidende“ im Hotel de Rome zu konsultieren.

**Elisabeth Kessler**, Fußärztin aus Berlin,

3. „Hôtel de Rome“ in Posen.

**Asthma.** Genesung sicher durch die kostbare Entdeckung des Herrn Aubré, Arzt und Apotheker zu Burie (Charente inférieure) in Frankreich. Mehr als 800 Heilungen liefern den Beweis.

Preis der Kur 50 Franks.

Betrifft näherer Auskunft wende man sich gefälligst an seinen Depositair Herrn Aubré, Apotheker zu Bonn (Rheinpreußen).

P. S. Die in obiger Offerte angedeuteten Zielen erörtere ich von Zeit zu Zeit in der von mir redigirten:

**Neuen Landwirtschaftlichen Dorfzeitung:** „Der Fortschritt“

in ausführlicher Weise, worauf ich hiermit hinzudeuten mir erlaube.

D. O.

**Runkelrüben-Samen**, sorgfältig von Oberndorfer Rüben gezogen, verläuft in schöner Ware à Pfund 10 Sgr., bei Franko-Einsendung des Betrages das Rittergut Schweta bei Mügeln a. Oschatz.

**F. J. Steyer.**

Wegen Vergrößerung meiner Stammherde habe ich die Absicht, den letzten Theil meiner Trifttheide — die Elite derselben — zu verkaufen und nach der Schur abzugeben. — Es sind diese:

340 Mutterschafe,

460 Hammel,

140 Lambouillet-Lämmer.

Die Herde kann täglich bestichtigt werden.

**Alt-Pannigrodz**, den 10. Januar 1869.

**Max Bertram.**

**August Klug**, Breslauerstr. 3.

Schön und dauerhaft gearbeitete Rücken-einrichtungen stehen zum Verkauf bei **Goldstein**, Tischlerstr. 10.

### Bilanz

### Genossenschaftsbank zu Neutomysl eingetragene Genossenschaft vom 5. Februar bis 31. Dezember 1868.

Balkleider  
und conlourte Taretans  
empfiehlt zu herabgesetzten Preisen  
C. J. Kleinow.  
Verwalter der K. Zupański'schen Masse

### Für Photographen.

Ein transportables photographisches  
Atelier, neu und elegant, ist billig mit oder  
ohne Einrichtung zu verkaufen oder zu ver-  
mieten. Nähern durch den Kaufm. Louis  
Klein in Polnisch Lissa.

### Puz- und Strohhut-Handlungen

empfiehlt ein großes Lager von

### Strohhüten für Herren, Damen und Kinder,

in den modernsten Geschlechtern, Formen und Farben zu nachstehenden Preisen:  
Rokkaarhüte für Herren à Duz. 12—14 Thlr., für Knaben 6—10 Thlr., ital. Herren-  
hüte 12 Thlr., ff. Brüsseler Damenhüte 8—10 Thlr., Mädel- und Kinderhüte 6—7 Thlr.,  
eicht engl. (Baden) Damenhüte 8—14 Thlr., Schwarzwalder u. Venet. Damenh., ff. 9 Thlr.,  
mittl. 6 Thlr., Garnehüte 6—8 Thlr., weiß italienische 6, 8, 10 Thlr., Knabenhüte (Sorti-  
ment in 6 Größen), schwarz und braun 4—6 Thlr., bunte engl. Knabenhüte, 5—10 Thlr.  
Probefindungen stehen gegen Nachnahme zu Diensten. 3% Ab.

### Frankösische Hut-Garnituren,

sehr fein, geschmackvoll und modern, zu Fabrikpreisen unter Anrechnung von Steuer u. Fracht.  
Begleicht empfiehlt meine Stroh- und Filzhut-Färberei und Wäsche, auch stelle  
getrocknete und schlafe Hutfedern wieder her.

### P. Hahn, Strohhut-Fabrik

in Posen, St. Martin 78,  
vis-à-vis der Kirche.

### Drillmaschinen

neuester und bester Konstruktion bis zu 4 Soll Reihen-Entfernung, prämiert in Bromberg,  
Neumarkt und Pleschen, mit Vorrichtung zum Rüben-Tibbeln, außerdem als Hackmaschine  
und Kartoffelschneiden-Zieber zu benutzen, (Abfas im Jahre 1868 95 Stück) liefert die  
Maschinen-Fabrik von J. Kemna, Breslau,  
Kleinburgerstraße Nr. 26.

### Ausverkauf

Marmorgegenstände,  
verschiedener Marmorgegenstände,  
direkt aus Florenz, wird fortgesetzt  
im Bazar, Laden Nr. 2.

### Ventilatoren. Patent

für 1, 3, 6, 12, 24, 48, 96 Schmiedefeuer  
loft 5, 8, 12, 24, 36, 72, 100 Thlr. Pr. Et.  
ob. Schmied. 3 Ctr. pr. St. pr. Feuer, Trocken, etc.  
C. Schiele in Frankfurt a. M.,  
Neue Mainzerstraße 12.  
(Die Firma C. Schiele & Co. ist erloschen.)

### Real Edinburgh Scottines

(sehr und pikant marinirte Fische) in Häschern  
Nr. 1 von 6 bis 7 Schod für 2 Thlr. und  
Nr. 2 v. 2 Schod für 1 Thlr. besonders den  
Herrn Hoteliers, Wein- u. Bierstuben, Bahn-  
hof-Restaurateuren etc. zu empfehlen, verfendet  
Alexander Bretschner  
in Königberg i. Pr.

### Süße Sahne-Butter

empfiehlt täglich frisch  
S. Kistler, Wasserstr. 26. Rawicz: J. F. Franke.

### Die Hamburger „feschere“ Fleischwaren-Handlung

von F. Fromm,

Spielhahlstr. Nr. 7,  
verkauft von heute ab zum ermäßigten Preise, als: Dampfwurst à Pfund  
10 Sgr., Knobels-, Cervelat- und Schlagswurst, à 11 Sgr., Leberwurst,  
à 9 Sgr., Zungenwurst, à 12 Sgr., Roulade, à 12 Sgr., sowie Ham-  
burger Rauhfangfleisch, Zunge, Spicgans, Gänsebrust, Kinderschinken, Salami  
und Bresnauer Wurst, Gänseleule und Fraustädter Würstchen. —

Zu Fettlichkeiten und Gesellschaften empfiehlt sauber dekorirte, melan-  
girte Fleischstücke. — Aufträge nach außerhalb werden prompt effektuirt. Um Irrthümern vor-  
zu bewerke ich, daß alle Papiere, worin Fleischwaren sich befinden,  
mit meinem Namen versehen sind.

### Börse-Telegramme.

Berlin, den 27. Januar 1869. (Wolff's telegr. Bureau.)  
Not. v. 26. v. 25.

Roggen, ruhig. 53½ 53½ 53½ Märk.-Pos. Stm. Aktien . . . . . 63½ 63½ 64  
Januar . . . . . 53½ 53½ 53½ Franzosen . . . . . 178½ 178½ 178½<sup>1</sup>  
Mai-Juni . . . . . 52½ 52½ 52 Lombarden . . . . . 126½ 126 127  
Kanalliste: nicht gemeldet. 52 Röss. Pos. Pfandbr. 84½ 84½ 84  
Rüböl, matt. laufend, Monat 9½/24. 9½ 9½ Russ. Banknoten 83½ 83½ 83½  
Frühjahr . . . . . 9½ 9½ Poln. Liquidat. Pfandbriefe . . . . . 56½ 56½ 56½  
Rüböl, Monat 15½ 15½ 15½ 1860. Loos . . . . . 78½ 78½ 78½  
April-Mai . . . . . 15½ 15½ 15½ Italiener . . . . . 54½ 54½ 54½ Amerikaner . . . . . 80 80 80  
Juni-Juli . . . . . 16½ 16½ Türk . . . . . 38½ 38½ 38½

Stettin, den 27. Januar 1869. (Marcuse & Maas.)  
Not. v. 26. Not. v. 26.

Weizen, fett. 69½ 70 Januar . . . . . 9½ 9½  
Frühjahr . . . . . 70½ 70½ April-Mai . . . . . 9½ 9½  
Mai-Juni . . . . . 70 71½ Spiritus, unverändert. Januar . . . . . 15½/24 15½  
Roggen, matt. Januar . . . . . 15½/24 15½ Frühjahr . . . . . 15½ 15½  
Januar . . . . . 52½ 52½ Mai-Juni . . . . . 15½ 15½

Kanalliste: nicht gemeldet.

Börse zu Posen

am 27. Januar 1869.

Bonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 84½ Br., do. Rentenbriefe  
do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligationen —, do. 4% Stadt-Obligationen —, poln. Banknoten 83 Gd., Posener

5% Odra-Meliorations-Obligationen —, do. 5% Stadt-Obligationen —, poln. Banknoten 83 Gd., Posener

Realcreditbank-Aktien inf. Div. 85 Gd.

Amtlicher Bericht. Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pfds.]

Strohüte!!!  
Vom 1. Februar d. J. ab lasse ich  
Strohüte in meiner eigenen Fa-  
brik waschen und modernisieren und bin  
daher im Stande, einen proper gewa-  
schenen und modernisierten Hut im Preise  
von 12½ Sgr. zu liefern. Gefällige  
Aufträge werden aufs Schnellste be-  
sorgt. Neueste Pariser Haarsen liegen in  
allen Größen zur Ansicht vor.  
55. M. Zülzer, Alten Markt 55.

Grosse PREIS-ERMAESSIGUNG.  
LIEBIG'S FLEISCH-EXTRACT  
DER LIEBIG'S FLEISCH-EXTRACT COMPAGNIE, LONDON.

Nur echt, wenn jeder Topf mit Unterschrift der Herren Baron  
J. von LIEBIG und Dr. M. von PETTENKOFER versehen.  
DETAIL-PREISE FUER GANZ DEUTSCHLAND.

1 engl. Pfds.-Topf ½ engl. Pfds.-Topf ¼ engl. Pfds.-Topf ⅛ engl. Pfds.-Topf  
a Thlr. 3. 5 Sgr. à Thlr. 1. 20 Sgr. à 27½ Sgr. à 15 Sgr.

Zu haben in allen Handlungen und Apotheken.

Gen.-Depôt in Posen Elsner's Apotheke.

Gen.-Depôt in Posen Dr. Mankiewicz, Apotheker.

Niederlage in Posen bei W. F. Meyer & Co., Wilhelmsplatz 2.

Leb. Hechte u. Bander Donnerst. Ab b. Kletschoff.

Markt Nr. 58 ist ein

Laden vom 1. April c. zu vermieten.

Schuhmacherstr. 11, 3 Tr., i. e. m. St. g. v.

1 oder 2 nach Wunsch möblirte oder un-  
möblirte Zimmer sind v. 1. Februar ab billig  
zu vermieten. Wo? sagt die Exp. dies. Stg.

Sandstraße 8 a., Parterre, ist eine Woh-  
nung von 6 Zimmern, 3 Kammern, Küche,  
Keller und Boden, mit Gaseinrichtung, zum  
1. April p. J. für 250 Thaler zu vermieten.  
Näheres dafelbst im Baubureau.

Bäckerstr. 14. f. möbl. St. 1 Tr. hoch soz. z. verm.

Ein tüchtiger zuverlässiger Bureauvor-  
steher wird von einem Rechtsanwalt in einer

Kreisstadt gesucht. Nur gut empfohlene Be-  
werber wollen sich bei der Expedition dieser

Zeitung unter der Chiffre B. W. melden.

Ein Wirthschafts-Beamter, 22 Jahr beim  
Fach, der größere Güter bewirtschaftet, mili-  
tärfrei, verheirathet ist, polnisch spricht, sucht  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Ober-Glogau, poste restante.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Eine Wirthschafts-Beamter, 22 Jahr beim  
Fach, der größere Güter bewirtschaftet, mili-  
tärfrei, verheirathet ist, polnisch spricht, sucht  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander in Rogasen erschienen und durch  
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Feierabendläuten, Tonstück für Piano-  
forte, komp. von Gotthold Schulz,  
Op. 3. Pr. 7½, Sgr.

Zum Besten der Orgel-Kasse einer  
armen ev. Landgemeinde, welche bis zum  
1. Oktober c. eine bedeutende Orgelbaufabrik  
abzutragen muß, ist in Kommission bei Jon.  
Alexander

